Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 16, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 50 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratengebühr beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 10 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 25 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 254. Mittwoch, den 30. Oktober 1907. 18. Jahrgang.

Ein Prozeß der Monarchie.

Im Herbst 1903 standen einige Herren aus der allernächsten Umgebung des Kaisers vor Gericht, um zu beschwören, daß ein Plan, auf der Havelinsel Pichelswerder ein Kaiserschloß zu erbauen, nicht bestehe. Auf der Armsünderbank saßen damals zwei „Vorwärts“-Redakteure unter der Anklage, durch die Behauptung eines solchen Planes den Kaiser der Aengstlichkeit geziehen und ihn beleidigt zu haben.

Als damals der Vorsitzende, tiefstes Respekt in den Zügen und den Ton der Entschuldigung in der Stimme, an die hohen Belastungszeugen die vorschriftsmäßige Frage richtete, ob sie mit den Angeklagten verwandt oder verschwägert seien, ging als Antwort ein hölzes Gekicher durch die vornehme Sektionsgesellschaft. Da standen sie, „die Edelsten und Besten, die Paladine des Throns“, in goldstrotzenden Uniformen und vor dem Tor stand der Lakai am Wagenschlag ihrer Equipage. Dort aber saßen in abgeschabten Zivilröcken ein ehemaliger Handschuhmacher und ein früherer Kaufmannsgehilfe, freche Skribenten, welche die Majestät beleidigt hatten. Die und sie miteinander verwandt oder verschwägert? Einfach toll!

Wären der Handschuhmacher und der Kaufmanns-Gehilfe so fromm, wie man es in Potsdam ist, so würden sie heute auf den Knien liegen und Gott dafür danken, daß sie mit den ehemaligen Freunden und Flügeladjutanten des Kaisers weder verwandt noch verschwägert sind. Wie hat sich doch das Blatt gewendet! Jetzt will man nicht nur nicht mit dem gemeinen Volke, jetzt will man womöglich, um sein Alibi nachzuweisen, nicht einmal mehr untereinander befreundet, verwandt oder verschwägert sein. Auf die Frage, ob er mit dem Grafen Hohenau, in dessen Adern „Hohenzollernblut“ fließt, verwandt sei, antwortet Graf Kuno Moltke rasch und ängstlich einfallend: „Ja, aber nur ganz entfernt!“

Die Sozialdemokratie predigt die freie Liebe, sie ist eine Feindin der Ehe, sie lehrt den Umsturz aller deutschen Sitte, sie lästert das Ideal der deutschen Frau. Wir haben's bei den Wahlen gehört. Um solchem Umsturz zu begegnen, muß man Kirchen bauen. Der Soldat gehe an sein Schwert, der Bauer an seinen Pflug, der Gelehrte an seine Bücher, wie es einem guten Christen und Deutschen ziemt.

Aber bei Hofe nennt man die Ehe eine Schweinerei, das Ehebett eine Notzuchtsanstalt und die gräflichen Gemahlinnen Klosetts. Ehret die Frauen! Auch die Mutter des Grafen Kuno Moltke war eine Frau!

Nicht Roß noch Reisige schützen die steile Höh, wo Fürsten stehn. Aber ein Kreis hochgeborener Herabkömmlinge will um den Kaiser „einen Ring schließen, den niemand durchbrechen kann“. Liebe des Vaterlands, Liebe des freien Manns schützen den Herrschenthron.... Endlich also erfährt man, was man in Preußen unter „freien Männern“ versteht und welcher Art ihre Liebe ist.

So ward am ersten Tage der Widerwille noch durch das Gelächter gemildert. Aber der zweite hat Szenen und Vorgänge enthüllt, die nicht mehr bloß jämmerlich, sondern verbrecherisch im schlimmsten Sinne des Wortes sind. Mag Graf Kuno Moltke die intime Gesellschaft des gefürsteten Aegirsängers Phili Eulenburg dem Ehebett vorgezogen haben, so bleibt der Streit doch höchst gleichgiltig, bis zu welchen Graden der gerichtlichen Medizin die Freundschaft den beiden gediehen ist. Sie haben beide Anspruch auf die Wohltat der Abschaffung des § 175 St.-G., ja man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß die öffentliche Aufrollung ihrer Beziehungen schon an und für sich eine Strafe ist, die man — da der Pranger abgeschafft ist — nicht mehr als gerecht und human empfinden kann.

Der zweite Tag des Prozesses hat aber den Beweis dafür geliefert, daß gerade dieser Kuno Moltke als Kläger vorgeschoben wurde, weil er von allen Mitgliedern jenes höfischen Kreises am allerwenigsten die allgemeine Entrüstung herausfordert, von ihnen allen noch am ehesten Anspruch auf Mitleid erheben kann, manche anderen, denen nachgewiesen ist — dem Grafen Moltke ist es nicht nachgewiesen — daß sie die ihnen untergebenen zum Dienstgehorsam verpflichteten Mannschaften zur Befriedigung ihrer päderastischen Lüste benützt haben, sind Verbrecher von einer Art, wie man sie in keinem Berliner Bouillonkeller sondern nur bei Hofe findet.

Man sucht nach Lichtpunkten. Man findet nur einen in der Zeugenaussage des Gardekürassiers B., der die unbeschreiblichen Szenen aus der Adlervilla, gegenüber dem kaiserlichen Schloß, mit vollstümlicher Derbheit schildert. Die anderen aber, die zuvor soviel zu erzählen wußten, vor Gericht aber verstummen, diese Opfer der militärischen Manneszucht, die aufgeputzten Koketten der Päderastie „mit weißen Hosen und hohen Stiefeln“ sind Menschen, an denen die Erziehung zum unbedingten Gehorsam schon die höchste Stufe der Vollendung erreicht hat. Lerne lieben, ohne zu klagen!

Seit Jahren wird die Sorge laut, daß die Laster der widernatürlichen Unzucht auch in breiteren Volksschichten Verbreitung zu finden beginnen. Die Zahl der Opfer des Strafgesetzes hat sich vermehrt. Man ersinnt Mittel der Abhilfe, und um das Volk zur Sittlichkeit zu erziehen, läuft man Sturm gegen die Freiheit des Bildes und des Wortes. Herr Kriminalkommissar Geßwein holt Bilder von Rubens und Böcklin aus dem Breslauer Schaufenster und der Staatsanwalt macht ein Verfahren gegen die Unsittlichkeit anhängig. Die eifrigsten Förderer dieser kulturfeindlichen Bestrebungen sind aber in eben jenen Kreisen zu suchen, die seit Mittwoch in Moabit auf die Anklagebank verwiesen sind. Jahrelang ist die Seuche der Päderastie vom Hofe in das Volk getragen worden, hat man von obenher den Umsturz der Naturgesetze betrieben, und an der ältesten, notwendigsten, heiligsten Verfassung des Menschengeschlechts Hochverrat geübt. Und wenn diese sodomitische Verschwörung heute klar zu Tage liegt, so danken wir das nicht einer Empörung des Sittlichkeits-Gefühls, sondern der wohlangezettelten Intrigue einer Gegenkamarilla, von der wir nicht wissen, um wie viel sie besser ist, als die Gesellschaft der Adlervilla. Darum fehlt dieser Tragödie aus einem höfischen Nachtasyl jedes Element der sittlichen Befreiung. Herr Harden hat, wie er selbst erklärt, seit Jahren gewußt, daß Mitglieder des Hofes, Verwandte der kaiserlichen Familie, wie Graf Hohenau, ihre Dienstgewalt und den persönlichen Einfluß, der von ihrer hohen Stelle ausgeht, an wehrlosen, jugendlich unreifen Untergebenen in verbrecherischer Weise mißbrauchten. Er rühmt sich, dazu jahrelang geschwiegen zu haben — im Interesse der Monarchie. Er ist ja ein Patriot. Erst als sich der Liebenberger Kamarilla, die das Militär doch zu anderen Dingen als zum Kriegführen gebrauchte, eine Kriegspartei entgegenstellte und die Feder des Herrn Harden durch Informationen für sich erwarb, entschloß sich Herr Harden dazu, sittlich entrüstet zu sein. Jetzt auch erst konnte er, den man sonst mit Hunden niedergehetzt hätte, vor einem königlich preußischen Schöffengericht eine Freiheit der Verteidigung genießen, die alle Welt in Erstaunen setzt. Leute, die jahrelang mit den Gästen der Adlervilla Wand an Wand friedlich hausten, denen aber der Ring der Liebenberger schließlich zu mächtig ward, haben mit Herrn Harden und dem Schöffengericht den Kampf gegen ihre alten Freunde aufgenommen. Es handelt sich nicht um Probleme der Sittlichkeit und des Rechts, die in diesem Prozeß entschieden werden sollen, sondern nur um Sein oder Nichtsein eines Reichskanzlers, von dessen Sorte noch mehr auf Lager sind. Bagatellsache, die vor das Schöffengericht gehört! Aber vor dem höheren Gerichtshof des Volkes gewinnt die unsägliche Niedrigkeit dieser Verhandlung hohe Bedeutung und erwächst zu einem Prozeß der Monarchie.

F. T.

* * *

Das Urteil gegen Harden werden unsere Leser unter den „Neuesten Nachrichten“ der heutigen Nummer finden.

Politische Uebersicht.

Lieberts Reichsverband denunziert den Professor Sombart. Professor Werner Sombart hatte bekanntlich vor dem Erscheinen seiner Artikel im „Morgen“ die Zusage gegeben, im Sozialdemokratischen Verein in Breslau volkswirtschaftliche Vorträge zu halten. Sozialdemokrat ist Herr Werner Sombart selbstverständlich nie gewesen. Aber daß er die Absicht hatte, vor Sozialdemokraten über volkswirtschaftliche Theorien zu reden, genügt den Reichsverbändlern bereits, Herrn Sombart zu denunzieren. Das geschieht in der „Korrespondenz des Reichsverbandes“ von Nr. 60 in dieser Form:

„Das Bemerkenswerte an der ganzen Angelegenheit ist die Tatsache, daß ein Mann, der bis vor Monaten außerordentlicher Professor an der kgl. preußischen Universität Breslau war, der zur Zeit Professor der Volkswirtschaftslehre in der unter Leitung des Professors Jastrow stehenden Handelshochschule in Berlin ist, sich nicht scheut, praktisch der Sozialdemokratie Dienste zu leisten. Wer in sozialdemokratischen

Ein Frauenschicksal.

Sozialer Zeitroman von Elisa Orzeszko.

Einzig autorisierte Uebersetzung von Leonhard Brizen.

36] (Nachdruck verboten.)

„Und Sie haben sie nicht weiter gesucht?“

„Nein!“

„Und haben sie ganz vergessen?“

„Oh nein, Gott bewahre, aber die Herzenswunde ist etwas vernarbt, was läßt sich tun! Vivre c'est souffrir.“

Der junge Mann versuchte einen melancholischen Augenaufschlag und pfiff dabei die Arie des Kalchas aus der „Schönen Helena“.

Plötzlich blieb er stehen, hörte zu pfeifen auf und stieß ein lautes Ah! aus. Die Dame sah erstaunt zu ihm auf. Mit der empfänglichen Naturen eigentümlichen Plötzlichkeit war eine Wandlung in seinem ganzen Gesichtsausdruck eingetreten, sein Blick war wie festgebannt.

„Was ist geschehen?“ frug die schöne Julie mit leichtem Unwillen.

„Wahrhaftig“, sagte sie kokett, „ich muß mich sehr verletzt fühlen, daß Sie in meiner Gesellschaft andern Eindrücken so zugänglich sind.“

„Sie ist es“, flüsterte der Herr, „und ach! wie schön!“

Das geputzte Fräulein suchte mit den Augen den Gegenstand, der ihren Begleiter so fesselte, plötzlich neigte sie sich etwas, und ihre Hände im eleganten Zobelmuff vor sich hinstreckend rief sie: „Mein Gott, das ist ja Martha Swiżka.“

Sie waren in die nächste Nähe der Kirchenstufen gekommen, auf die Martha niedergeglitten war. Sie weinte nicht mehr, die Tränen hatten sie von den fürchterlichen nagenden Empfindungen, die an ihr zerrten, etwas befreit. Stumm und regungslos saß sie da, die Augen in heißem Flehen nach oben gerichtet. Aus der Ferne mochte sie den Eindruck einer leblosen Statue machen, in der Nähe gewahrte man den Ausdruck heißen flehentlichen Gebetes, der in ihren Zügen lag.

„Wie schön sie ist!“ flüsterte der junge Herr seiner Begleiterin ins Ohr. „Wenn man sie so mit diesen Kirchenstufen auf die Bühne bringen könnte, welchen großartigen Effekt würde das machen.“

„Ja, sie ist wirklich schön“, entgegnete leise das Fräulein, „ich kenne sie recht gut. Was mag nur mit ihr geschehen sein, weshalb sitzt sie hier und wie sie aussieht, wie eine Bettlerin!“ Während dieses Gespräches trat das Paar Martha immer näher.

Martha bemerkte nicht, daß sie der Gegenstand irgend welcher Aufmerksamkeit sei. Seit sie hier saß, mochte wohl mancher Vorübergehende erstaunt die ungewöhnliche Erscheinung auf den Kirchenstufen betrachtet haben, aber die Seele der Betenden war fern ab von ihrer Umgebung und strebte zu jenen lichten Sphären empor, aus denen sie jetzt einzig und allein Erlösung von ihrem schweren Verhängnis erhoffte. Da vernahm sie plötzlich eine Stimme in ihrer unmittelbaren Nähe, welche rief:

„Martha! Martha!“

Sie erkannte die Stimme wohl und ihr war es, als riefe die Vergangenheit sie in freundlicher Weise bei ihrem Namen. Allmählich nun kehrte ihr Geist zur Wirklichkeit zurück und sie gewahrte eine reizende Frauenerscheinung, die sich freundlich zu ihr neigte.

„Karoline“, rief Martha, indem ein hellerer Freudenstrahl über ihr Antlitz flog. „Karoline Du“, wiederholte sie lebhafter und ergriff warm die dargereichte Hand, mein Gott, bist Du es wirklich?“

„Und Du Martha“, antwortete in gleicher Weise das geputzte Fräulein, wobei sie einen Augenblick traurig das abgemagerte Antlitz betrachtete. Aber das Trauern war ihre Sache nicht, sie wandte sich gleich wieder zu ihrem Begleiter und sagte: „Sehen Sie, wie man auf der Welt wieder zusammenkommt. Martha und ich sind Jugendgespielinnen.“

„Ja wohl“, bestätigte Martha, die erst jetzt den Herrn bemerkte und seinen Gruß erwiderte.

„Weshalb trägst Du Trauer?“ frug das Fräulein, indem ein flüchtiger Blick Marthas dürftigen Anzug streifte.

„Ich habe meinen Gatten verloren!“

„Du bist also verwitwet, das tut mir herzlich leid, es war ein prächtiger Mensch, Dein Hans! Wohnst Du in der Stadt oder auf dem Lande?“

„Hier in Warschau.“

„So, und deshalb bist Du nicht aufs Land zurückgekehrt?“

„Das Gut meines Vaters wurde einige Zeit nach meiner Verheiratung im Exekutivwege verkauft.“

„Wie schrecklich! Du bist also ganz mittellos. Der brave Hans, der Dich so geliebt hat, hat Dir wahrscheinlich ein sorgenloses Dasein bereitet, aber er wird Dir nichts hinterlassen haben. Was machst Du nun jetzt, wovon lebst Du?“

„Ich bin Weißnäherin.“

„Eine schwere Arbeit,“ warf die Geputzte ein, „auch ich habe sie eine Zeitlang versucht“, bemerkte sie lachend, „aber es ging nicht.“

„Du, Karoline, Du warst Weißnäherin“ gab nun Martha, ihrerseits erstaunt, zurück.

„Ja, ja,“ bestätigte lachend das Fräulein. „Ich habe es versucht, aber es ging damit nicht. Es war nicht meine Bestimmung, worüber ich mich jedoch gar nicht beklage.“ Und wieder lachte sie, was wohl mehr einer Gewohnheit als einem Heiterkeitsbedürfnisse bei ihr entsprach. Martha betrachtete die kostbare Toilette ihrer Jugendgespielin.

„Bist Du verheiratet?“

„Gott bewahre, nein, nein, oh nein! Wo denkst Du hin, ich und verheiratet, meine Liebe. Das heißt, nun, wie soll ich Dir das erklären, aber verheiratet bin ich nicht!“

Wieder lachte sie bei ihren Reden, aber diesmal lag etwas schmerzliches und gezwungenes in ihrer Heiterkeit. Auch über die Züge ihres Begleiters glitt ein vielsagendes Lächeln.

„Doch was tun wir hier stehenden Fußes in der Kälte“, rief das Fräulein, „wir wollen lieber in einen Wagen steigen und in meine Wohnung fahren. Du fährst mit Martha, nicht wahr? Ich freue mich auf eine lange, lange Plauderstunde, wir müssen uns ja gegenseitig mit unserer Lebensgeschichte bekannt machen.“

Martha schien einen Augenblick zu schwanken. „Ich kann nicht“, sagte sie, „mein Kind erwartet mich.“

„Oh! Du hast ein Kind, nun was liegt daran, es kann ja warten.“

„Nein, unmöglich.“

„Nun, dann komm' wenigstens in einer Stunde, willst Du? Ich wohne in der Königstraße.“

Sie nannte ihre nähere Adresse und drückte dabei innig Marthas Hand, „komm, komm nur bald, ich erwartete Dich, wir wollen von alten Zeiten plaudern.“

Die alten Zeiten! Sie haben stets einen ganz besonderen Reiz für diejenigen, denen die Gegenwart nur Kummer und Schmerz bietet.

Martha fühlte sich wie neu belebt durch die unverhoffte Begegnung ihrer Jugendgenossin „Ich komme gewiß in einer Stunde“, sagte sie freudig.

Bei dieser Zusicherung wäre dem jungen Herrn, der ein stummer Zeuge dieser Unterredung gewesen, beinahe ein Freudenruf entschlüpft, doch hielt er an sich und nur seine Blicke verschlangen Marthas Antlitz, das jetzt ein sonniges Lächeln verschönte. Als sie wieder allein waren, sagte er zu seiner Gefährtin:

„So wahr mir Gott helfe, ich habe noch nie ein so liebliches, gewinnendes Wesen gesehen! Sogar dieses entsetzliche Tuch auf dem Kopfe steht ihr gut. Ich möchte sie in Sammt und Seide kleiden...“

„So“? sagte Karoline gedehnt, indem sie einen durchdringenden Blick auf das erregte Antlitz ihres Gefährten richtete.

„Ja, in der Tat“, entgegnete er, verständnisvoll den Blick zurückgebend.

Die Geputzte lach[illegible] und trocken auf.

(Fortsetzung folgt.)

Vereinen Vorträge hält, wird damit zum Agitator der revolutionären Partei des Klassenkampfes. Daß ein deutscher Professor sich so weit vergißt, ist ein bedauerlicher Beweis dafür wie das nationale Gefühl bereits abgestumpft ist."

Herr Professor Werner Sombart möge auch aus diesem kleinen Zwischenfall die Lehre ziehen, daß man mit dem Fernbleiben von der Politik nur solchen Denunzianten Platz macht, wie sie in obiger Notiz des Reichsverbandes sich betätigen.

Das Scharfmacher-Konzil. Eine Delegierten-Sitzung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller fand am Sonntag Vormittag unter dem Vorsitz des Verbandspräsidenten Vopelius im Künstlerhause zu Berlin statt. Auf der Tagesordnung stand die Stellungnahme des Zentralverbandes zu den sozialpolitischen Fragen. An der Versammlung, zu der auch die Minister Bethmann-Hollweg, Breitenbach, Delbrück und Freiherr v. Rheinbaben mit ihren Unterstaatssekretären, der Präsident des Reichsversicherungsamts Kaufmann und andere offizielle Persönlichkeiten erschienen waren, nahmen über 300 Personen teil. Diese reichliche Scharfmachergesellschaft fand es taktisch richtiger, sich nicht mehr als strammer Gegner der Sozialpolitik zu bekennen, sondern den Freund von Reformen zu markieren, denen man dann hinterrücks die Zähne ausbricht. So verlangte man, immer unter Betonung der sozialreformerischen Gesinnung, Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung für die Unfallberufsgenossenschaften, denn diese werden von den Unternehmern verwaltet, dagegen Kürzung der Selbstverwaltung bei den Ortskrankenkassen, denn dort haben die Arbeiter ein entscheidendes Wort mitzureden. Man erklärte sich für die Sonntagsruhe — soweit die Unternehmer der einzelnen Gewerbe dieselbe für durchführbar halten, aber gegen die Verkürzung der Arbeitszeit erwachsener Frauen auf zehn Stunden täglich — denn das ruiniert die Industrie. Man erklärt sich ferner für die Witwen- und Waisenversorgung — wenn der Löwenanteil der Beiträge vom Reich und den Arbeitern getragen und der Kreis der Versicherten nicht zu weit gezogen wird, um so energischer aber gegen alle „zu weit gesteckten sozialpolitischen Ziele". „Die Erhaltung der Heimindustrie liegt im dringenden Interesse der Bevölkerung zahlreicher Gegenden Deutschlands" dekretieren die Scharfmacher, wir fügen hinzu: ganz besonders jener „Bevölkerungskreise", welche die Heimarbeiter ausnützen. In Bezug auf die Privatbeamten verlangt der Verband der Industriellen Beibehaltung der Konkurrenzklausel und stimmt der Zwangsversicherung nur „in angemessenen Grenzen" und für die „geringer besoldeten Angestellten" zu. Mit besonderer Energie verlangt der Zentralverband dagegen die weitere „Sicherung der Freiheit der Arbeit" vor dem Mißbrauch des Koalitionsrechts. Brutale Aussperrung und Materialsperre für Arbeitgeber, die sich mit ihren Leuten einigen, scheint er damit nicht verstanden zu haben.

Es sind die aufgebügelten Ladenhüter des deutschen Scharfmachertums, die man in Berlin zusammengestellt und sie haben für die Arbeiter nur den einen Wert, ihnen die Notwendigkeit politischer Betätigung immer wieder einzuprägen, damit es gelingt, die gesetzgeberischen Pläne dieser Kapitalsterroristen zu verhindern.

Eine neue politische Partei in Deutschland die zwischen Freisinn und Sozialdemokratie rangieren soll kündigt der Abgeordnete Pachnicke im Berliner „Tag" an. Die Freisinnige Volkspartei, die gegen die Gründung sofort Lärm schlägt, schreibt den Plan dem bekannten Abgeordneten Barth zu und reitet gegen ihn eine Attacke. Auch uns scheint eine solche Gründung nicht sehr aussichtsvoll zu sein, obwohl die Zahl der Liberalen, die mit der Blockspielerei unzufrieden sind, rasch zunimmt. Für eine neue Partei reichen diese Ueberläufer noch nicht aus, denn es sind vorläufig an jedem Orte nur einige Führer, über deren Gefolgschaft keine Gewißheit zu erlangen ist.

Von einer „Arbeitergruppe liberal-demokratischer Richtung" wird bereits ein Aufruf an die „fortschrittlich-freiheitlich-denkende Arbeiterschaft" veröffentlicht, in der zur Bildung einer besonderen politischen Organisation aufgefordert wird. Unterzeichnet ist der Aufruf von einer Reihe von Arbeitern aus Rheinland-Westfalen, von dem Gewerkvereinsbeamten Kreil und dem Redakteur Poersch-Düsseldorf. Die Spitze dieser geplanten Organisation richtet sich ebenfalls gegen die Blockpolitik der Liberalen.

Nationalliberale Reichstagsabgeordnete, die sich die Wahrnehmung von Privatinteressen bei Ausübung ihres Mandats vorwarfen, sind die Herren Hilbck und Held. Der letztere hatte in seinen gewagten Geschäftsmanipulationen u. a. auch darauf hingewiesen, daß die „Vertretung des Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats" bald von dem Abgeordneten Hilbck auf ihn übergehen und damit sein wirtschaftlicher Einfluß entsprechend steigen werde. Ganz entrüstet schreibt daraufhin Herr Hilbck dem „Berl. Tageblatt":

1. Niemals während meiner ganzen parlamentarischen Tätigkeit ist von dem Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat als solchem oder von irgendeinem seiner Mitglieder und Beamten das Ansinnen an mich gestellt worden, das Syndikat in den Parlamenten zu vertreten oder dessen Interessen dort wahrzunehmen. Ich würde eine solche Zumutung mit Entrüstung zurückgewiesen haben, denn ich bin mit Ihnen durchaus dahin einverstanden, daß die Verfassung dem Abgeordneten verbietet, Aufträge und Instruktionen von irgend jemand entgegenzunehmen.

„Wenn ich in vielen Fällen die Maßnahmen des Kohlensyndikats habe verteidigen können, so geschah dies, weil ich der Ueberzeugung war und heute noch mehr denn je bin, daß das Syndikat trotz einzelner Mängel von segensreichstem Einfluß auf die Entwickelung der gesamten Industrie unserer westlichen Provinzen und des ganzen Landes gewesen ist und noch ist. Meine Ansicht wird bekanntlich vor den maßgebendsten Persönlichkeiten und von der Staats-Regierung geteilt.

2. Ich habe mich niemals mit dem Gedanken getragen, mein Mandat als Reichstagsabgeordneter niederzulegen, vielmehr bei Ablauf desselben meine ganze Kraft daran gesetzt, um den sozialdemokratischen Gegenkandidaten zu besiegen. Dies wäre gelungen, wenn ich neben der Unterstützung des Zentrums auch die der Freisinnigen in vollem Maße gefunden hätte.

Herr Held hat demnach die in dem Briefe an Flemming gemachten Behauptungen vollständig aus der Luft gegriffen, vielleicht, um seinen Erpressungsversuch wirksamer zu machen. Ich werde ihn dafür zur Verantwortung ziehen.

Hochachtungsvoll

A. Hilbck, Landtagsabgeordneter.

Das wird ja eine ganz interessante Auseinandersetzung geben. Umsomehr als das „Berl. Tagebl." die Notiz von der beabsichtigten Mandatsniederlegung Helds mit dem geheimnisvollen Gemunkel begleitet:

Er erklärt, mit seiner parlamentarischen Tätigkeit abschließen zu wollen; das genügt uns vorläufig. Wir werden durch diesen Entschluß des Herrn Held der peinlichen Aufgaben überhoben, uns mit seiner bisherigen Wirksamkeit im Reichstage, insbesondere bei der Durchführung der Banderolensteuer für Zigaretten näher zu beschäftigen.

In der sogenannten Reichsfinanzreform des Freiherrn v. Stengel fand sich die Vorlage einer Erhöhung des Tabakzolls und einer Steuer auf Zigarettenpapier. Beide Entwürfe warf die Kommission in die Wolfsschlucht. Da erschien ganz plötzlich eine neue Vorlage in der Kommission, die eine Zigarettensteuer vorsah, wie sie schließlich mit mannigfachen Abänderungen auch Gesetz wurde. Der legitime Vater dieses Entwurfs war der Abgeordnete Held! Nun steht nach der Andeutung des „Berliner Tageblattes" die Frage offen: was für ein „Heldenstück" hat Herr Held bei und mit dieser Steuer verübt?

Bethmanns kühne Ansprache an die christlichen Arbeiter findet in der „Welt am Montag" eine durchaus zutreffende Beleuchtung:

„Ich wüßte kaum eine größere Aufgabe der Gegenwart, als diejenige, die mächtige Arbeiterbewegung unserer Tage einzuordnen in die bestehende Gesellschaft" — so sprach der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg auf dem Kongreß der Christlich-nationalen Arbeiter.

Danach ist von dem Amtsnachfolger des Grafen Posadowsky zu erwarten, daß er eintritt für:

Aufhebung aller vereinsgesetzlichen Einschränkung der Arbeiterbewegung;

Einführung des freiesten Wahlrechts in Preußen;

Unbedingtes Koalitionsrecht;

Beseitigung der bestehenden Gesindeordnung sowie jedes ihrer etwaigen Reste, der eine rechtliche Ausnahmestellung des Gesindes bewirkt;

Hinwegräumung überhaupt jeder im Gesetz begründeten Schranke zwischen Angehörigen der arbeitenden Klasse und den übrigen Staatsbürgern;

Einführung der Einheitsschule für die Jugend aller Besitzklassen;

und so weiter gegen alles, was bisher die Einordnung der arbeitenden Klasse in die bestehende Gesellschaft hindert und unmöglich macht.

Der Herr Staatssekretär wird nunmehr keinen Augenblick zögern, an dieser größten Aufgabe der Gegenwart, an der übrigens längst ganz andere Leute als die Christlich-sozialen arbeiten, mitzuwirken. Und sein Ruhm wird einst den des geschiedenen Grafen Posadowsky blendend überstrahlen. Hoffentlich haben wir ihn nicht mißverstanden.

Grundstückswucher. Die Landesversicherungsanstalt Brandenburg kaufte dieser Tage ein größeres Berliner Grundstück, für das pro Quadratmeter 360 Mark zu zahlen sind. Wie mitgeteilt wird, hat die Verkaufsgesellschaft an diesem Grundstücke innerhalb zwei Jahren rund eine Million Mark verdient! Bekanntlich hat die freisinnige Stadtverordnetenmehrheit in Berlin erst zu Beginn dieses Monats die Einführung einer Wertzuwachssteuer abgelehnt. So ist den Hyänen im Grundstückswucher, die sich übrigens an anderen Orten ebenso erfolgreich betätigen, auch fernerhin freies Feld gelassen.

Eine verdiente Ehrung. In einer Generalversammlung des konservativen Vereins für Königsberg i. Pr. am 24. Oktober, erklärte der konservative Parteisekretär Radtke, daß man die Freisinnigen bei dem preußischen Wahlrechtskampf nicht zu fürchten brauche. „Tun die Liberalen auch so, als ob sie im Ernst für die Gewährung des Reichstagswahlrechts eintreten, so sei das nicht so schlimm aufzufassen und man kann ihnen mit Recht zurufen: Spiegelberg, ich kenne Dir. Die ganze Haltung der Liberalen während der Dauer des Blocks sei eine so vernünftige gewesen, daß man die besten Hoffnungen auf ihre Entwickelung setzen dürfe." — Das sagen die Konservativen!

Die bevorstehende Sozialreform. Die dem Bundesrat vorgelegte, aber noch nicht beschlossene Novelle über die Arbeitszeit erwachsener Arbeiterinnen in Fabriken bringt außer Bestimmungen zur Regelung der Hausarbeit, die Einführung der zehnstündigen Arbeit für Frauen mit Gewährung von 60 Ausnahmen im Jahre. Außerdem bringt die Novelle als wichtige Neuerung die Aufhebung des Unterschiedes zwischen Fabrik- und Gewerbebetrieb. Die Arbeiterschutzmaßnahmen sollen nach der Zahl der in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter bemessen werden.

Man wird nun noch nähere Einzelheiten über diese Bestimmungen abwarten müssen, um ihren sozialpolitischen Wert abschätzen zu können.

Neuer Krach im Kolonialamt? Die „Leipz. Neueste Nachr." wollen von gut unterrichteter Seite erfahren haben, daß ein Bruch zwischen dem Staatssekretär Dernburg und dem Unterstaatssekretär v. Lindequist wegen dessen berüchtigten Eingeborenen-Erlasses für Südwestafrika bevorstehen. Wenn dieser Erlaß, der den schwarzen Mann land-, eigentums- und rechtlos macht, ohne Wissen und Zustimmung des leitenden Staatssekretärs herausgegeben sein sollte, so wäre das nur ein Zeichen dafür, daß Dernburg des anarchischen Zustandes, in dem sich das Kolonialamt vor seinem Amtsantritt befand, nicht Herr geworden ist. Aber daß Dernburg mit Herrn v. Lindequist ernstlich einen Gang wagen wird, muß man umsomehr bezweifeln, als die konservative Presse sich bereits schützend vor Lindequist stellt.

Wieder ein sozialdemokratischer Geschworener. Als Geschworener für die am 4. November beginnende Schwurgerichtssession in Straßburg i. E. wurde auch unser Genosse Reichstagsabgeordneter Böhle berufen. Der Fall ist um so bemerkenswerter, als unsers Wissens damit zum ersten Male im Reichslande ein Sozialdemokrat Gelegenheit erhält, das Geschworenenamt auszuüben. Wie lange wird es dauern, bis das gleiche Recht in Deutschland für so selbstverständlich gilt, daß man von diesen Vorfällen gar nicht mehr Notiz nimmt?

Reichskanzler Fürst Bülow ist erst am Sonntag Abend in Berlin eingetroffen.

Eine komische Anfrage. Genosse Leopoldt in Zeitz erhielt folgende Zuschrift:

Leipzig, den 22. Oktober 1907.

Der Ober-Reichsanwalt.

In der Strafsache gegen den Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens werden Sie hierdurch zur Mitteilung binnen 8 Tagen ersucht, ob Sie auf Rückgabe der dort beschlagnahmten zwei Exemplare der Druckschrift „Militarismus und Antimilitarismus", die vorher im vollen Umfange unbrauchbar zu machen sind, verzichten. Olshausen.

Fast mutet die Zuschrift wie ein Scherz an, wenn man nicht wüßte, daß der Ober-Reichsanwalt keine Scherze macht. Was sollen denn dem Genossen Leopoldt noch die 2 Exemplare nützen, wenn sie vorher „im vollen Umfange unbrauchbar" also durch Schwärze unleserlich gemacht sind. Immerhin hat aber Leopold um Zurückgabe des unbrauchbar gemachten einen Exemplars ersucht, um es als Kuriosität aufzubewahren, zugleich aber auch um Rückgabe des zweiten nicht unbrauchbar gemachten Exemplars, das er in seiner Wohnung zum eigenen Gebrauch hatte, ersucht. Jedenfalls wird dasselbe verabfolgt, da sich ja die Beschlagnahme laut Urteil nur auf die Broschüren erstreckt, die zum Verkauf ausgestellt waren.

Ausland.

Pfaffendämmerung in Böhmen. In Böhmen beginnt die Abkehr der ländlichen Bevölkerung vom Klerikalismus Fortschritte zu machen. Der tschechische Bauer steht dem Klerikalismus mitunter geradezu feindselig gegenüber, wie nachstehender Vorfall bezeugt: Beim Brande der Seelauer Abtei forderte der Abt die Bauern zur Hilfeleistung beim Löschen des Feuers auf. Aus seiner Forderung wurde eine Bitte, aus der Bitte ein verzweifeltes Flehen mit Händeringen . . . Die Bauern rührten sich nicht, sondern ließen das Kloster ruhig niederbrennen. Man sehe in diesem Verhalten der Seelauer Einwohner keineswegs nicht gefühlloses Benehmen, dies ist nur der Ausdruck des verhaltenen Ingrimms der Leute gegen die reichen Seelauer Prämonstratenser, die ihren immensen Reichtum nur Erbschaften verdanken, die von Rechtswegen der Bevölkerung ihrer Güter gehören. Der Abt hat kein Recht, sich über den Gleichmut der Leute zu beschweren! Er hat den Leuten das Sammeln von Klaubhölzern verboten; er hat ihnen das Beerensuchen und Schwämmesammeln untersagt, weil das Kloster alles selber konsumiert und was übrig bleibt, in eigener Regie verkauft. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Ganz besonders unangenehm wird dieser Sturm beim Brande eines Klosters, dessen Insassen sich die Gunst der Bauern derart verscherzten, daß den letzteren der Bestand des Gotteshauses vollständig schnuppe wird.

* * *

Eine höchst seltsame Geschichte. Aus London wird dem „Berliner Tageblatt" berichtet: In der „Cape Mail" wird folgende Geschichte erzählt: Zwei Gemeine in der berittenen Kapp-Polizeitruppe, Groubeck und Ulrici, sind angeklagt, Jan Gertse, einen Hottentotten, mit der Absicht „gestohlen" zu haben, ihn seiner Freiheit zu berauben. Ulrici ist Deutscher von Geburt, hat in der deutschen Kavallerie gedient und ist naturalisierter britischer Untertan. Groubeck ist britischer Abstammung und in Kapstadt geboren. Gertse war deutscher Rebell, der sich auf britisches Territorium geflüchtet hatte. Es wird behauptet, die beiden Angeklagten hätten ihn den Deutschen ausgeliefert, die ihn erschossen hätten.

Zeuge in der Angelegenheit war ein gewisser Jakob Villander, ein Hottentottensoldat in der berittenen Polizei, der aussagt, daß er und die beiden Angeklagten den Gertse auf britischem Territorium trafen. Ulrici verlangte Gertse den Paß ab. Groubeck erklärte, der Paß sei wertlos, zerriß ihn und sagte zu Gertse: „Wir werden dich den Deutschen ausliefern." Gertse wurde Nachts in die Küche der Polizeistation gesperrt, und am nächsten Morgen war er verschwunden.

Die beiden Angeklagten gaben widersprechende Antworten darüber, wo Gertse geblieben war. Villands Neugierde war aber rege geworden, und er folgte der Spur bis zur britischen Grenze, wo er Spuren der Angeklagten und auch solche von Stiefeln der deutschen Soldaten fand.

Charles James, ein Kafferfoldat, der zur Zeit des Vorkommnisses Transportfuhrmann in deutschen Diensten war, sagte aus, daß Gertse im deutschen Lager gebunden auf einem Karren ankam, hinter dem Ulrici ritt. Gertse wurde dem deutschen Sergeanten übergeben, von dem Ulrici Gold und Banknoten erhielt. Kurz darauf wurde Gertse abgeführt und erschossen.

Zu ihrer Verteidigung führten die Angeklagten an, daß Gertse niemals einen Paß hatte, und daß das Dokument, das sie zerrissen, seine Entlassungsbescheinigung aus einer Strafanstalt war. Sie schworen, daß Gertse entwischte. Sie hätten nur die Deutschen benachrichtigt, die ihn dann auf deutschem Territorium selbst gefangen hätten. Sie leugnen beide irgendwelches Geld für die Auslieferung des Hottentotten erhalten zu haben.

Diese Version wurde denn auch von dem deutschen Sergeanten Kempe und dem Feldwebel Marchhausen bestätigt, die erklärten, daß Gertse erschossen wurde, weil er zu entfliehen versuchte.

Die Jury kam zu keiner Entscheidung. Fünf Stimmen waren für Freisprechung, vier dagegen. Die Krone hat zu entscheiden, ob und welche weiteren Schritte zu geschehen haben.

Unseres Erachtens, meint das B. T., richtet sich der Fall dadurch von selbst, daß ein Unteroffizier „Gold und Scheine" für Gertse gezahlt, und daß die beiden Unteroffiziere dann dessen Erschießung veranlaßt haben sollen. Ein deutscher „non commissioned officer" (Unteroffizier) verfügt ebensowenig wie ein englischer für solche Zwecke über „Gold und Scheine" noch über die Macht, einen Menschen, sei er auch ein Hottentott, ohne weiteres erschießen zu lassen. Das wird unseres Wissens selbst in der englischen Armee nicht von Unteroffizieren besorgt.

* * *

Die Londoner Theaterzensur und die englische Prüderie. So frei das politische Leben Londons verläuft, so unfrei ist das Land der jämmerlichsten Sittenheuchelei auf allen Gebieten der Literatur und namentlich des Theaters. Gegen die täglich wachsende Varietepest hat die moralische Zensur nichts einzuwenden. Dagegen ist es bis heute in London nicht möglich gewesen, Tolstois Drama „Macht der Finsternis" oder Ibsens „Gespenster" oder Bernard Shaws Komödie „Frau Warrens Gewerbe", ja nicht einmal Maeterlinks wirklich nicht revolutionäre oder unsittliche „Monna Vanna" in einem öffentlichen Theater aufzuführen. Der Zensor hat es immer wieder verboten. Das Schönste ist, daß die Autoren dem Zensor das Verbot sogar bezahlen müssen. Der Zensor hat nämlich vom Staate nur einen Gehalt von 350 Pfund Sterling. Mehr als 500 Pfund verdient er sich mit dem Lesen der Stücke: denn für jedes (kleine oder große) Stück muß der Autor dem Zensor eine Lesegebühr zahlen. Nun hat der Zensor Mr. Radford letzthin wieder zwei Dramen der jungen englischen Dichter Garnett und Burker verboten. Noch mehr: Bisher war es wenigstens gestattet, verbotene Stücke in geschlossenen Vorstellungen für Gäste, die keine Eintrittsgebühr zahlen, aufzuführen. Jetzt aber hat der Polizeipräsident von Manchester auch eine solche geschlossene Vorstellung der „Gespenster" verboten und, wie die „Volkswacht" bereits kurz mitgeteilt, den Veranstaltern und Darstellern zu wissen gegeben, daß er im Falle des Zuwiderhandelns alle Beteiligten kurzweg verhaften lassen werde. Das ist den Londoner Schriftstellern denn doch in die Nase gestiegen, sie haben eine Versammlung abgehalten, in der sie die Abschaffung der Zensur verlangten. Der Zensur, deren Ansehen durch das unhaltbare, lächerliche Verbot des „Mikado" schwer gelitten, kommt der Ansturm wohl recht ungelegen. Die Engherzigkeit und Heuchelei, deren Repräsentant sie ist, sitzt noch zu fest, zu tief im Geiste der Nation. Aber die Anmaßung und Verwegenheit der Theaterzensur ist, wie überall, das beste Mittel zur Aufrüttelung der Geister. Wirklich gefährlich ist überall nur die „liberale" Zensur, die still bevormundende, nicht die allzu kecke, die ja selbst in England gesunde Reaktionen weckt.

Ein aufhetzerisches Pfäffleín und seine Schäflein. Der „B. L.-A." meldet aus Budapest: In der Ortschaft Czernova im Liptauer Komitat wurde der katholische Geistliche Hlinka wegen panslawistischer Umtriebe von seiner Stelle suspendiert und vom Gericht verurteilt, weswegen er nach Mähren flüchtete. In der Ortschaft sollte nun Sonntag eine neue Kirche eingeweiht werden, wozu der Dechant Abulik und der Pfarrer Fischer sich dorthin begaben. Die Bevölkerung wollte aber die Einweihung nur durch Hlinka vornehmen lassen: sie sperrte die Kirche ab und nahm die Schlüssel fort. Als die Geistlichen in Begleitung von 15 Gendarmen vor dem Dorfe eintrafen, verstellten ihnen die von Hlinka aufgereizten Einwohner den Weg, bewarfen sie mit Steinen, schlugen mit Knütteln und Hacken zu und verletzten einige Gendarmen. Diese sahen sich schließlich gezwungen, zu schießen. Elf Personen wurden getötet, zwölf schwer verletzt; von letzteren starben zwei im Laufe der Nacht. Aus der Nachbarschaft wurde Militär requiriert, welches die Ortschaft besetzte und alle Einwohner festnahm.

Ein Telegramm von heute früh meldet uns dazu noch: Bei den Schreckensszenen wurden achtzehn Personen getötet, sechs andere Personen ringen noch mit dem Tode. Unter den Getöteten befanden sich fünf Frauen und ein achtzehnjähriges Mädchen. Die nationalistischen Abgeordneten wollen diese Angelegenheit heute im Parlament in Form einer dringenden Interpellation zur Sprache bringen.

* * *

Die Wahlen in Rußland. Bisher liegen Meldungen über 250 Abgeordnetenwahlen vor, darunter 127 der Rechten und Monarchisten, 83 Oktobristen und Gemäßigte, 1 Partei der friedlichen Erneuerung, 17 Kadetten, 6 Mohammedaner, 7 Sozialdemokraten und 19 der Linken.

* * *

Das Erwachen der türkischen Selbständigkeit beginnt sich zur Wahrheit zu werden. Vor allem merkt man das an dem Verhalten der Türkei gegenüber Rußland, dem man früher immer nur Ehrfurcht entgegenzubringen wagte. Ohne Rußland zu fragen, besetzt seit einiger Zeit die Türkei persisches Gebiet. Man weiß nur noch nicht recht, was die Türken mit diesem Vorgehen bezwecken, welches den Rahmen einer beabsichtigten Grenzregelung bedeutend übersteigt. Das Gerücht, sie seien von den Anhängern des persischen Schahs herbeigerufen, um diesem gegebenenfalls gegen die persische Volksvertretung wie überhaupt gegen die in Persien erwachende freigeistige Strömung Schutz zu gewähren, dürfte wohl kaum auf Wahrheit beruhen. Nach dem neuen russisch-englischen Uebereinkommen untersteht der nördliche Teil Persiens dem russischen Einfluß, womit durchaus nicht allein Verkehrs- und Handelsfragen, sondern auch solche der Verwaltung und Staatskunst gemeint sind. Wiederholt hat deshalb Rußland sich in Konstantinopel beschwert — aber man hört nicht mehr darauf.

Dieses Erwachen der türkischen Selbständigkeit Rußland gegenüber dürfte aber nur das Vorspiel einer weit wichtigeren Handlung sein. Wenigstens scheint man dies in russischen leitenden Kreisen zu besorgen. Rußland neigt jetzt wieder nach dem nahen Osten, nachdem es sich in dem fernen die Finger verbrannt, und will entschlossener als bisher auf der Balkanhalbinsel vorgehen, was seine bündnisähnliche Annäherung an Bulgarien beweist und sein jetziges Vorgehen in der mazedonischen Frage.

Sollte aber Rußland seinen Willen in Mazedonien nicht durchsetzen, so wird ihm, um sich nicht bloßzustellen, nichts anderes übrig bleiben, als sich ernstlich an die Hohe Pforte zu wenden, noch weit ernstlicher als jetzt, Persien bezüglich und da dürfte am Ende deren Antwort ähnlich lauten, etwa in dem Sinne, daß Mazedonien eine türkische Provinz sei, in der die Türkei mit der von ihr zugelassenen, etwas operettenhaften europäischen Gendarmerie, noch besser aber diese, ganz allein Ordnung zu schaffen habe. Ebenso selbständig wie beispielsweise Rußland in dem der Türkei benachbarten Kaukasus, wo es auch nicht so schnell ginge, wie Rußland wünsche.

In Petersburg glaubt man noch immer die Türkei von 1877 vor sich zu haben und denkt, wenn es sein müßte, mit dem tüchtigen bulgarischen Heere als Vorhut, so leicht vor Konstantinopel zu erscheinen, wie 1878. In türkischen militärischen Kreisen kennt man jedoch sehr gut die eigenen Fehler von 1877/78; hat aber auch den russisch-japanischen Krieg studiert. So kommt es, schreibt Richard Graf von Pfeil in der „Täglichen Rundschau", daß zwei Mächte, die von der Geschichte dazu bestimmt sind, sich in je hundert Jahren etwa dreimal zu bekriegen, sich gegenseitig unterschätzen, und das ist immer eine sehr gefährliche Sache; denn sie erleichtert für beide Teile den Entschluß zu staatlichen Handlungen, die schließlich zum Kriege führen.

* * *

Kleine Auslandsnachrichten.

Der „Daily Telegraph" meldet aus Soeul (Korea), daß ein Aufstand der Koreaner sich über die nordwestlichen Provinzen von Korea ausdehnt. Es fanden eine Reihe von Kämpfen statt, wobei die Koreaner 1850 Tote und die japanischen Truppen 174 Tote hatten. Die japanischen Truppen unterdrücken den Aufstand mit großer Energie. — Der „Times" zufolge hat die Agitation gegen die Einwanderung von Indiern nach Kanada Erfolg gehabt. Die Einwanderung scheint ganz aufgehört zu haben. Die Dampfergesellschaften weigern sich jetzt, Indier nach Kanada zu befördern. — In Petersburg erschien im Arbeitszimmer des Chefs der Gefängnisverwaltung des Staates, Wirklichen Staatsrates Maximowski, eine unbekannte Frau und gab auf ihn sieben Schüsse ab, die ihn tödlich verwundeten. Die Täterin wurde verhaftet. Maximowski starb um 6 Uhr Nachmittags im Hospital. — In Sofia wurde von den Oppositionsparteien eine Versammlung abgehalten, die eine Resolution annahm, in der die Wiederernennung der früheren Universitätsprofessoren und die Wiedereröffnung der Universität unter gleichzeitiger Wiederherstellung der Autonomie verlangt wird. In der Resolution wird die Regierung getadelt, weil sie die Rechte des Volkes mit Füßen trete, und die Nation wird aufgefordert auf den Sturz der Regierung hinzuwirken. — Das Amtsblatt von Belgrad veröffentlicht einen Ukas, durch welchen der Kommandeur der Königlichen Garde Oberstleutnant Dunjitsch (der kürzlich das Renkontre mit dem Kronprinzen Georg gehabt hat — Red.) seines Postens enthoben und zum provisorischen Kommandanten der Festung Kladowo ernannt wird. — Wie aus Hendaye berichtet wird, verhaftete die Polizei den Anarchisten Lascano, welcher vor einiger Zeit aus Spanien ausgewiesen wurde.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. Oktober.

† **Plötzlicher Tod.** Als sich am 28. d. Mts., Abends, ein 75 Jahre alter Droschkenbesitzer in seiner Wohnung, Ottostraße 10, einfand, um Abendbrot zu essen, fiel er plötzlich infolge eines Schlaganfalles tot zusammen.

† **Unfug?** In der Nacht zum 29. d. M. wurde am Königsplatz eine 34 Jahre alte Arbeiterin nur mit Bluse und Hemd bekleidet umherirrend angetroffen. Sie gab an, von Krämpfen befallen worden zu sein, in diesem Zustand seien ihr die Sachen durch unbekannte Burschen vom Leibe gerissen worden. Die Frau wurde sofort der nächsten Wache zugeführt. In wie weit ihre Angaben auf Wahrheit beruhen, muß noch festgestellt werden.

† **Diebstähle.** Von einem Rollwagen wurde ein Fäßchen Tabak, gez. J. D. 9557, gestohlen. — Von einem anderen Wagen wurde eine wasserdichte Wagenplane gestohlen. — Einem auf der Promenade eingeschlafenen Zimmergesellen wurde eine silberne Uhr mit silberner Kette gestohlen. — Einer Dame wurde im Hauptbahnhofe aus der Handtasche ein hellbraunes Portemonnaie mit 30 Mk. entwendet.

† **Mit Beschlag belegt** wurde ein Fahrrad, Marke „Stahlrad" Nr. 20.568. Dasselbe ist am 6. d. M. hier gestohlen worden. Der Eigentümer melde sich bald im Zimmer 51 des königl. Polizei-Präsidiums. — Daselbst melde sich auch derjenige, welcher von dem Konditor Nepomuk Brukassiewicz ein Fahrrad gekauft oder auf irgend eine Weise von ihm erhalten hat, um nicht in den Verdacht der Hehlerei zu kommen.

† **Gefunden wurden:** ein gelber Damengürtel, ein schwarzer Gummigürtel, ein silberner Kettenarmband mit Anhänger, ein goldenes Vincenez und eine weiße Perlenhalskette.

† **Abhanden kamen:** ein Zwanzigmarkschein, eine silberne Herren-Zylinderuhr, ein goldener Trauring, gez. E. S., Weihnachten 1906, und eine Mustertasche, enthaltend Herrenstoffmuster.

Neueste Nachrichten.

Im Prozeß Harden-Moltke

wurde heute um 10½ Uhr das Urteil gesprochen. Harden wurde freigesprochen, indem das Gericht annahm, daß keine Beleidigung vorliegt, da Harden den Beweis für die Behauptungen in seinen Artikeln erbracht habe. Graf Kuno Moltke sei tatsächlich homosexuell veranlagt, obwohl er sich nicht homosexuell betätigt habe.

Wenn niemand auch ein anderes Urteil als Freisprechung erwarten konnte, so wird man die Begründung doch allenthalben als sehr weitgehend ansehen. Das Gericht stellte fest, daß Graf Moltke nicht nur „normwidrig", sondern direkt homosexuell veranlagt sei. Das ist an und für sich zwar nichts Ehrenrühriges, aber in Verbindung mit den ehrenwörtlichen Versicherungen des Klägers bedeutet es moralischen Tod. Darüber hinaus aber stellt das Urteil eine Kennzeichnung der ganzen Liebenberger Hofgesellschaft dar, von der Graf Moltke das am wenigsten belastete Mitglied gewesen ist. Nun bleibt die Frage: Wird sich der Strafrichter mit all den in dem Prozeß bloßgestellten Edlen beschäftigen? Oder wird der § 175 abgeschafft?

Tüttü's Freund.

Paris, 29. Oktober. (H. T.-B.) „Petit Paris" meldet, daß der frühere Botschaftsrat Lecomte, der durch den Prozeß Moltke-Harden kompromittiert ist, nicht mehr auf seinen Berliner Posten zurückkehren wird, sondern vielmehr auf einen anderen gleichwertigen Posten gesetzt wird.

Sozialisten gegen Banditen.

Warschau, 29. Oktober. Da es sich angeblich herausgestellt hat, daß unter den Banditen, welche Stadt und Land unsicher machen, sich eine große Anzahl von organisierten Sozialdemokraten, Mitglieder der sogenannten „Kampflegionen" befinden, welche nicht nur auf Rechnung der Partei, sondern auch auf eigene Hand rauben und morden, so ist in einer geheimen Sitzung von sozialdemokratischen Delegierten des ganzen Landes beschlossen worden, eine genaue Untersuchung einzuleiten und die Schuldigen mit dem Tode zu bestrafen.

Bergmanns Tod.

Kattowitz, 27. Oktober. Auf der Kleophasgrube wurde der Füller Vincenz Janczyk von hier verschüttet und getötet.

Opfer der Rennbahn.

Dresden, 29. Oktober. (H. T.-B.) Bei dem gestrigen Stundenrennen ereignete sich auf der Radrennbahn ein schwerer Unfall, sodaß das Rennen vorzeitig abgebrochen werden mußte. In der 119. Runde versuchte Couers mans, der Schrittmacher von Verbist, seinen Schützling im obersten Rande der Kurve an Robl vorbei zuführen, fuhr aber dabei direkt in das Hinterrad des Roblschen Rades. Verbist flog in einem weiten Bogen in den Innenraum, kam aber mit leichten Verletzungen davon. Couersmans, der die Gewalt über seinen Motor verloren hatte, fuhr in den mit Menschen gefüllten Innenraum und überfuhr dabei den Manager Wolf und den Schrittmacher Devilley. Wolf wurde der Brustkasten eingedrückt, Devilley erlitt schwere Verletzungen. Alle drei wurden sofort in ein Krankenhaus übergeführt, wo Wolf starb.

Erzgauner und Exminister Nasi.

Rom, 29. Oktober. (H. T.-B.) Der Senator Camanico, der Vorsitzende des obersten Gerichtshofes, welcher demnächst den früheren Minister Nasi abzuurteilen hat, trifft für diesen Prozeß große Vorbereitungen. Camanico hat das Verlangen Nasis, in Freiheit vernommen zu werden, abgelehnt. Nasi wird auf der Anklagebank zwischen Karabinieris Platz nehmen. 350 Zeugen sind geladen. Man erwartet ca. 50 Sitzungstage.

Berlin, 29. Oktober. In dem neuen Reichsvereinsgesetz soll die Bestimmung enthalten sein, daß von der Anzeigepflicht öffentlicher Versammlungen „unter Umständen" abgesehen werden kann, wenn die Versammlung öffentlich bekannt gemacht worden ist.

Obs wahr ist? Unter unter welchen Umständen?

Berlin, 29. Oktober. (H. T.-B.) Die Bundesratsausschüsse haben die Beratungen der Börsengesetznovelle beendet. Die Novelle entspricht in ihren Grundzügen den Vorschlägen der beteiligten Ressorts und dem Entwurfe des preußischen Handelsministeriums. Die Beschlußfassung des Bundesrates wird wahrscheinlich schon in der nächsten Donnerstagsitzung erfolgen. Dem Reichstage dürfte die Novelle baldigst zugehen.

Neapel, 29. Oktober. (H. T.-B.) Die Lava-Ausbrüche des Vesuv haben sich vermehrt, die Bevölkerung befindet sich in großer Aufregung.

Lübeck, 24. Oktober. (H. T.-B.) Der Senat nahm den Antrag an, welcher die Anstellung von zehn Schul-Aerzten fordert.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

* **Stadt-Theater.** Richard Wagners romantische Oper „Tannhäuser" gelangt heute Dienstag mit Herrn Trostorff in der Titelpartie zur Aufführung. — Morgen Mittwoch findet die Uraufführung von Kurt Geucks Komödie in 4 Akten „Der Meisterdieb" statt. — Am Donnerstage werden Mascagnis Oper „Cavalleria rusticana" und Leoncavallos Oper „Bajazzi" zur Darstellung gebracht. — Für Freitag wird Kienzls Oper „Der Evangelimann" und dazu das Ballet „Wiener Walzer" vorbereitet. — Sonnabend gelangt Richard Wagners „Tristan und Isolde" zum 1. Male in dieser Spielzeit zur Aufführung. (Anfang 7 Uhr.)

* **Lobe-Theater.** Heute Dienstag geht das erfolgreiche Lustspiel „Husarenfieber" in Szene. Morgen Mittwoch und am Freitag finden Wiederholungen von Lehars Operette „Die lustige Witwe" statt. Donnerstag wird „Künstlerblut" gegeben. Am Sonnabend findet die Premiere des Einakterzyklus „Vom andern Ufer" von Felix Salten statt. Der Zyklus umfaßt die Werke „Der Graf", „Der Kampf des Lebens", „Auferstehung".

* **Als zweite Volksvorstellung** für Gruppe D wird morgen Mittwoch „Nora" wiederholt. An der Abendkasse Billetverkauf.

* **Schauspielhaus.** Heute Dienstag wird „Die große Gemeinde", das geistvolle Lustspiel von Lothar v. Lipschütz zum 8. Male aufgeführt. Mittwoch wird „Der schöne Gardist" zum 18. Male gegeben. Johann Strauß' Operette „1001 Nacht", mit der das Schauspielhaus vor fast Jahresfrist erfolgreich eröffnet wurde, gelangt voraussichtlich Sonntag, neu einstudiert, zur Aufführung.

Eden-Theater. Die Nachmittag-Vorstellungen im Zirkus Busch erfreuen sich fortgesetzt des größten Beifalls unseres Familienpublikums. So war auch am Sonntag Nachmittag das große Haus bis auf den letzten Platz ausverkauft, welches Herrn Direktor Schenk mit seinem Riesenprogramm lebhafte Anerkennung spendete. Die Direktion wird Mittwoch Nachmittag bei halben Preisen nochmals eine Familien-, Schüler- und Kinder-Vorstellung arrangieren. Das Eden-Theater kann hier nur noch einige Tage verweilen, da selbiges nach Mannheim verpflichtet ist.

* **Siebichs Etablissement.** Die Direktion hat der Künstlerin Mizi Gigi mit Rücksicht auf ihre vorzüglichen Leistungen für Donnerstag, den 31. Oktober, einen Ehrenabend festgesetzt, der wohl sicher ein ausverkauftes Haus bringen wird. An diesem Abend verabschiedet sich auch das gesamte übrige Personal, so daß nur noch an drei Abenden Gelegenheit geboten ist, das famose Oktoberprogramm in Augenschein zu nehmen.

* **Im Dominikaner** herrscht seit dem 16. Oktober wieder heller Jubel und Trubel, kein Wunder, denn das hier beliebteste „Blüthners Varietee und Burlesken-Ensemble" ist wieder eingezogen. Eröffnet wurde das Programm durch das Duett Marberg, zwei jugendliche stimmlich sehr gute Damen, der Humorist Nan Thierbach erschien mit aktuellem, vollständig neuem Repertoire und erntete vielen Beifall. Dasselbe gilt von dem Komiker Lehmann. Nachdem folgten die 6 Original-Dorufels in ihrer musikalischen Neuheit als Babys. Mit stürmischem Beifall wurden sie empfangen, die 6 jugendlichen Schönheiten in prächtigen neuen Kostümen. Einen Unterschied macht dieses Sextett von so vielen anderen dieser Art, wegen seiner textlich deutlichen Aussprache und seines guten dreistimmigen Gesanges. Als da capo führen die sechs Damen Tamborin-Evolutionen aus, was hier in Breslau noch nie gesehen wurde, welche jedenfalls betreffs der Exaktheit viel Mühe mag gekostet haben. Später erschien das Sextett nochmals als reitende Jäger, in eleganter, kleidsamer Uniform und wurden die Gefecht- und Marsch-Evolutionen mit stürmischem Beifall belohnt. Ueber den Komiker Arthur Illing etwas zu sagen, ist nicht nötig, er ist der beste sächsische Komiker, welchen wir bis jetzt hier gesehen haben, und darum der erklärte Liebling des Publikums. Zwei Burlesken, „Im Strandhotel zu Misdroy" und „durch eigene Kraft" vervollständigen das reichhaltige Programm. Die Burlesken sind so urdrastisch und voll toller Einfälle, daß das Publikum nicht aus dem Lachen herauskommt, auch werden dieselben künstlerisch nicht übertrieben, wie das vielfach geschieht, gespielt, sondern man sieht, daß hier verständnisvolle, jahrelang sich eingearbeitete Künstler in ihren Rollen natürlich geben. Kein Wunder, daß bei diesem Programm der Dominikaner fast täglich ausverkauft ist.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienstag, den 29. Oktober.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Extr.		Wetter
	Temp.	Wind	Ndschl.	Max.	Min.	
Bresl. Sternw.	11	SO 2	4,7	16	16	Regen
Rosenthal b. Br.	11	SO 1	5,4	17	11	"
Beuthen OS.	10	SO 2	4	19	9	"
Dabelschwerdt	10	S 2	2	15	10	"
Zillertal	9	still	1	13	8	Nebel
Görlitz	9	NO 1	10	12	9	Regen
Grünberg	10	SO 1	3	12	10	Nebel
Ostrowo	10	S 2	4	16	10	bedeckt

Standesamtliche Nachrichten.

Todesfälle.

Gertrud, T. des Arbeiters Karl Kalitzky, 7 Monate. — Martha T. des Arbeiters Franz Wachsmann, 10 Monate. — Klara, T. des Arbeiters Hermann Scharfe, 2 M. — Vilma, T. des Buchdruckereibesitzers Paul Voß, 1 M. — Stanislaus, S. des Eisenbahnarbeiters Franz Bzik, 1 J. — Näherin Alberline Senftleben, 54 J. — Margarete, T. des Sattlers Heinrich Specht, 9 M. — Kaufmann Theodor Lubisch, 56 J. — Früh. Kindergärtnerin Auguste Ihmann 88 J. — Eberhard, S. des Hilfsbahnmeisters Paul Abtoß, 5 M. — Früh. Droschkenkutscher Eduard Heisig, 62 J. — Zimmermannswitwe Marie Hunger, geb. Pfumsel, 82 J. — Walter, S. des Schneidermeisters Stephan Kolze, 1 J. — Kaufmannsfrau Berta Jochem, geb. Kurzbach, 47 J. — Alfred, S. d. Heizers Josef Zappe, 1 J. — Reinhold, S. des Arbeiters Albert Schickor, 1 J. — Arbeiter Karl Horn, 55 J. — Irmgard Krause, ohne Beruf, 14 J. — Verw. Wurstfabrikant Friederike Dettke, geb. Räther, 62 J. — Schuhmachersfrau Valeska Görlich, geb. Kaßner, 33 J. — Georg, S. des Bahnarbeiters Georg Hank, 3 Mon. — Kanonier Alfred Schink, 21 J. — Willi, Sohn des Kutschers Paul Krause, 1 Jahr. — Bahnarbeiter Franz Welz, 40 J. — Paul, S. des Monteurs Karl Frach, 1 Mon. — Maria, T. des Arb. Josef Neumann, 9 Mon. — Arbeitersfrau Christiane Hentschel, 70 Jahre. — Hedwig, Tochter des Schneiders Fritz Schmidt, 3 Monate. — IV. Kaufmann Paul Schmidt, 48 J. — Richard, S. des Maurers Josef Bogler, 7 M. — Walter, S. des Maurers Karl Rogel, 5 T. — Verehelichte Eisenbahngütervorsteher Bertha Heinze, geb. Landetzke, 43 J. — Früherer Werkmeister Karl Wiehl, 74 J. — Verehel. früh. Landwirt Christiane Speck, geb. Heitner, 66 J. — Günther, S. d. Schlossers Otto Hoffmann, 7 M. — Bezirksschornsteinfeger Bernhard Leopold, 30 J. — Zigarrenarbeiterin Pauline Bose, 23 J. — Kaufmann Paul Heinemann, 68 J. — Schneider Joachim Strachota, 44 J. — Else, T. des Kupferschmieds Richard Fink, ¼ Std. — Arthur, S. des Kaufmanns Arthur Schubert, 7 Std. — Fritz, S. des Schuhmachers Johann Bönisch, 4 Mon.

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 29. Oktober:

Bauanschläger. Mitgliederversammlung Abends 8 Uhr im Zimmer 3 und 4. Tagesordnung: Wahl eines Branchen-Vertreters.

Mittwoch, den 30. Oktober:

Töpfer-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer 2.

Verband der Böttcher. Quartalsversammlung Abends 7½ Uhr im Zimmer 3.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Donnerstag, den 31. Oktober:

Steinarbeiter-Verband. Abends 7 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer 3.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Land-Distrikt 8.

Bezirke 1 und 1a (Dürrgoy und Schönfeld). Sonntag, den 3. November, Vormittags 9 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder bei Michael. Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Bezirksführer.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Otto Gelle. — Druck von Th. Schatz G. m. b. H. — sämtlich in Breslau.

Hierzu 1 Beilage.

Gewerkschaftshaus Margaretenstrasse 17

Stadt-Theater.

Dienstag:
„Tannhäuser".
Mittwoch, zum 1. Male:
„Der Meisterdieb".
Donnerstag:
„Cavalleria rusticana",
„Bajazzi".

Lobe-Theater.

Dienstag:
„Husarenfieber".
Mittwoch:
„Die lustige Witwe".
Donnerstag:
„Künstlerblut".

Volksvorstellungen im Thalia-Theater.

Mittwoch:
Gruppe D. 2. Vorstellung:
„Nora".
Freitag: Humboldt-Verein.
Abonnements-Vorstellung
(grüne Karten):
„Sodoms Ende".

Schauspielhaus

Dienstag, 8 Uhr:
„Die große Gemeinde".
Mittwoch, 8 Uhr:
„Der schöne Gardist".

Liebichs

Etablissement.
Das brillante
Oktober-Programm.
11 Schlager 11.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater

(Simmenauer Garten).
Gastspiel
Blatzheim
und die
neuen Attraktionen.
Anfang 7½ Uhr.
Bons an Wochentagen gültig.

Circus Busch.

Nur noch 5 Tage
Eden-Theater
Heute 8 Uhr:
Viele Novitäten!
Letzte Mittwoch Letzte
4 Uhr Nachmittags- 4 Uhr
Familien-, Schüler-, Kindervorstellung
ca. halbe Preise!
Tageskasse bei Schleh, gegenüber Stadttheater, und im Circus von 11—1 Uhr.

Damen-Filzhüte

billigst **direkt** Filzhut-in der Fabrik
Neue Graupenstraße 11. Hof,
Freund & Krebs. 4319
Filzhüte werden modernisiert.

Möbel Spiegel. Polsterwaren

in eigener Werkstatt von nur besten Materialien gefertigt. 95
Kein Abzahlungsgeschäft
gewähre aber gern Teilzahlung.
Preise enorm billig.

Bäckergarnitur	100	Mk.
Salontisch	18	„
Kommode mit Muschelaufsatz	60	„
Schrank „ „	60	„
Vertiko „ „	45	„
Spiegel mit Schränkchen und Muschelaufsatz	85	„
Divan in gutem Stoff	36	„
Bettstelle mit Matratze	36	„
Rohrstuhl mit hoher Lehne	4	„

Teppiche, Läufer, Uhren
und sämtl. ind. Ausstattungsstücke nur bei
F. Pauer, Sandstr. 5.

veranstaltet
vom
Sozialdemokratischen Verein.

Am 26. d. Mts. entschlief nach 10tägigem Krankenlager unser Kollege, der Raupach'schen Brauerei

Heinrich Weisser

im blühendsten Alter von 29 Jahren.
Ein treues Andenken soll ihm bewahrt bleiben.
Die Mitglieder des Verbandes deutscher Brauereiarbeiter (Zahlstelle Breslau).
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhaus, Schlesswerderstr. 34, nach Corpus Christi, Oswitz. 5288

Sozialdemokr. Verein Breslau

Montag, 4. November, abends 8 Uhr,
im großen Saale des „Gewerkschaftshauses"

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. **Der preußische Parteitag** — Beratung von Anträgen — Wahl der Delegierten.
2. Abrechnung pro III. Quartal.

Bei der außerordentlich wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreiches Erscheinen **Der Vorstand.**
[5287] Mitgliedsbuch legitimiert.

Humboldt-Verein.

Donnerstag, den 31. Oktober 1907, abends 8 Uhr, im grossen Saale von **Exner's Restaurant** (fr. Lachmuth), **Mauritiusplatz 4:**

Vortrag

des Herrn 5284
Redakteur Karl T. G. Lange:
„Griechenlands Hauptstadt im Altertum und in der Neuzeit".
Mit zahlreichen Lichtbildern.
Entree frei!

Rockschneider

erstklassig, finden dauernde Beschäftigung **Ohlauerstraße 34,** 1. Etg. [5282

Tücht. Hosennäher. u. Lehrmädchen
t. s. m. **Friedrichstr. 84/86. III.** 5275

Westennäherin
auf Lager sucht **Lindner,** Uferstraße 13. 5283

Medizin.-Leberthran
per Flasche **50** Pfg.
Fenchelhonig
per Flasche **50** Pfg. und **1** Mk.
Sodener Pastillen
per Schachtel **50** Pfg.
Zahnhalsbänder
für zahnende Kinder, per Stück **50** Pfg.
Zigarren, Zigaretten diverse Weine
Franz Gröschel
1. Geschäft **Beuthenstraße 60**
2. „ **Kurzegasse 48**
3. „ **Friedr.-Wilhelmstraße 109** Ecke Posnerstraße. [5166

Billig reell coulant
kaufen Sie 4817
Möbel,
Spiegel, Polsterwaren,
eigener Fabrikation,
Uhren, Bilder, Teppiche, Tischdecken, Portièren,
Teilzahlung gestattet
bei **N. Brettler**
Kupferschmiedestr. 65, I.

Rechte u. Pflichten des Mieters

nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Mietsrecht
von **Rich. Lipinski.**
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Die Broschüre ist sachkundig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein sicherer Führer durch das Mietsrecht.
Buchhandlung Volkswacht.

Die Volksschule wie sie ist

von **Otto Rühle**
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteure.

Zu

Allerheiligen!!

Gute Wachsrosen zum Grabschmuck
v. 15 Pf. bis 1 Mk. das Dutzend
empfiehlt [5100
die bekannte Blumen-Fabrik
P. Hanak,
Klosterstraße 37,
vis-à-vis der Mauritiuskirche.

Möbel

Anzahlung Nebensache!
Einzelne Stücke, ganze Einrichtungen.
Auf bequemste Teilzahlung.
Anzüge, Ueberzieher.
Max Biermann,
Ring 51, erste Etage neben der Stockgasse.
Filiale:
Waldenburg i. Schl.
Auch nach auswärts.

Gesellschaft für soziale Reform

Ortsgruppe Breslau.
Freitag den 1. November 1907, abends 8½ Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im großen Saale des **Palast-Restaurant** Neue Schweidnitzerstraße 16.
1. Vortrag des Herrn Professor Dr. von Wenckstern: **„Die deutsche Sozialpolitik, — Rückblick und Vorschau."**
2. Diskussion. — Zutritt frei. 5285

Sonntag, 10. November:
15. Grosses Volks-Konzert.

3 alte Sofas
umgearbeitet, billig zu verkaufen. **Otto Jahnel,** Kl. Scheitnigerstr. 8a. [5289

August Heyne 4836
Rohtabakhandlung
Breslau, Karlstrasse 27 (Fechtschule).

Kaufen Sie direkt! Sie sparen ein Vermögen!
Franko geg. Nch. ½ Fass extra delikaten circa **400 Neue prima Salz** heringe, fl. Dauerw., vollfette, grosse, sortierte M. 10 M., ½ à 5.50 Probfass 3 M.
Beste zu Pellkart., Hering salat u. Marinieren in Milchersauce.
[4806 E. Degener, Grossexport v. 1881, Swinemünde 39.

Bettfedern und fertige Betten.
Reell! Billig! 4983
Spez.: Brautausstattung.
Preisliste gratis und franko.
Julius Immerglück
Breslau, Reuschestr. 16/17.

„In freien Stunden".

Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Arbeiter-Notiz-Kalender

1908

Gebunden 60 Pf. Porto 10 Pf.
Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagebuch für alle in Partei und Gewerkschaften organisierten Arbeiter.

Der diesjährige Kalender enthält u. a.:
Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Biogr. Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Die Reichseinnahmen. — Der Nutzen der sozialdemokratischen Vereine. — Die deutschen Kolonien. — Sozialdemokratische und Gewerkschaftskreise. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internat. Streik- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1906. — Adressen der Arbeitersekretariate und der Vorstände der Zentralverbände. — Die deutschen Gewerbeinspektoren. — Kalendarium und Geschichtskalender. — Münz- und Gewichtstabelle. — Porrotax. — Vielseitiges Adressenmaterial.
Außerdem enthält der Kalender ein Gruppenbild der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1907 in hochfeiner künstlerischer Ausführung.
Zu beziehen ist der Kalender durch jede Parteibuchhandlung.

Der Verlag:
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

Große Auswahl aller Arten
Uhren und Goldwaren
auch auf 4923
Teilzahlung.
Gestempelte Marken
Billigste Preise.
Kleine Raten.
F. Patriok, Uhrmacher,
Vorwerksstr. 43, Ecke Brüderstr.
Eigene Reparatur-Werkstatt für Uhren und Goldwaren.

Soeben erschienen:
Die Aufklärung der Kinder über geschlechtliche Dinge
von **Otto Rühle.**
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Sozialdemokratisches
Liederbuch
von Max Kegel.
Preis 40 Pfg.
Durch unsere Expedition zu beziehen.

Programme 40 Pfg.
Anfang 3½ Uhr.

Beilage zu Nr. 254 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 30. Oktober 1907.

Was ist nötig?

„Wer aber als Staatsbürger sich politisch betätigen, seinem Stimmzettel politischen Einfluß sichern will, der muß auch einer politischen Organisation beitreten. **Ohne Organisation kein Erfolg**, ohne Vereinigung keine Macht. Das weiß jeder Gewerkschaftler. Deshalb genügt es nicht, am Wahltage für die Sozialdemokratie zu stimmen, sondern die Arbeiter haben auch die Pflicht, in die sozialdemokratischen Wahlvereine einzutreten und für deren Ausbreitung zu wirken.“

So schrieb vor der letzten Reichstagswahl das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Es sind goldene Worte, die jeder Klassenbewußte stets vor Augen haben und danach handeln sollte. Die Erlösung aus Knechtschaft und Unfreiheit kommt nicht von selbst, sie kann nur erkämpft werden. Je größer die Zahl der Kämpfer, um so eher ist der Sieg zu erringen.

Der Hochverratsprozeß Liebknecht zeigt uns deutlich, welchen Weg die Verfolgung unserer großen Sache nehmen soll. Die beste Antwort darauf von tausenden Breslauer Arbeitern und Gewerkschaftlern muß sein:

Hinein in den sozialdemokratischen Verein!

Anmeldungen nehmen die Bezirks- und Distriktsführer, das Partei-Sekretariat, Neue Graupenstraße 5, II., die Gewerkschaftsbureaus und die Expedition der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5/6, entgegen.

Sensationsmeldungen zum Harden-Prozeß.

Das niedere Volk lernt von seinen Edlen!

Berlin, 29. Oktober. (H. T.-B.) Im Beisein des neuen Stadtkommandanten von Berlin, General von Böhn, und hinter verschlossenen Türen wurde gestern vom **Kriegsgericht der ersten Gardedivision** gegen einen Unteroffizier und einen Grenadier des 4. Garde-Regiments verhandelt. Beide waren angeklagt, sich Verfehlungen gegen den § 175 des Str.-G.-B. zu schulden haben kommen zu lassen. Der Unteroffizier wurde zu **10 Monaten Gefängnis** und Degradation, der Grenadier zu einem Tage Gefängnis verurteilt.

Die Gemeinen und Unteroffiziere wären also geliefert. Wie steht es nun mit den Generälen und Grafen? Um Antwort wird gebeten!

* * *

Kein Selbstmord Moltkes.

Die von einigen Provinz-Blättern verbreitete Meldung von einem Selbstmorde des Grafen Kuno von Moltke beruhen, nach angestellten Ermittelungen, auf freier Erfindung.

* * *

Maßnahmen gegen Straßenunruhen.

Wie die „Dortm. Ztg.“ aus Berlin meldet, sind für Dienstag Vormittag nach der Urteilverkündigung im Moltke-Harden-Prozeß angeblich Straßen-Unruhen zu erwarten. (!) Für event. Unterstützung der Polizei bleiben daher einige Kompagnien des 4. Garderegiments zu Fuß in der nahen Kaserne in der Rathenower Straße konsigniert.

Straßenunruhen wegen diesem Skandal — das lohnte sich gerade. Trotzdem wir dem patriotischen Mob alles mögliche zutrauen, direkt irrsinnig wird er wohl nicht sein.

* * *

Die Radaukundgebung der Homosexuellen.

Eine spätere Meldung der Berliner Zeitung erläutert die „beabsichtigte“ Straßendemonstration wie folgt:

„Leute und „Vereine“, die mit keiner der drinnen auftretenden Personen den geringsten Zusammenhang haben, wollen unter dem Vorwand, den der Prozeß ihnen bietet, eine Radaukundgebung inszenieren. In ihren Kreisen soll eine maßlose Wut gegen den Beklagten herrschen. Eine Bezahlung von 5 Mark pro Kopf soll versprochen sein. Die Empfänger haben angeblich den Auftrag, nach der Urteilsverkündung, bei dem Erscheinen Hardens zu johlen und zu zischen.“

Diese geplante Kundgebung der organisierten Homosexuellen wird auch nichts weiter als ein schlechter Witz sein.

* * *

Eine Kabinettsorder.

Wie dem „Hann. Cour.“ aus Berlin gemeldet wird, erließ der Kaiser an die Offiziere der preußischen Armee eine scharfe Kabinettsorder, welche sich mit den im Prozeß Moltke-Harden hervorgetretenen Mißständen im Heere befaßt und eine Reihe strenger Verhaltungsvorschriften für die verantwortlichen Regimentskommandeure enthält. Die Kabinettsorder ist den Generalkommandos bereits am Sonnabend zugestellt worden.

Die Meldung der „Information“, daß die Verhandlungen im Moltke-Prozeß von Dr. Neupert für den Kaiser stenographisch aufgenommen werden, ist angeblich falsch. Dr. Neupert soll für Harden arbeiten.

* * *

Hoch der Kronprinz.

Am Sonnabend zwischen 2 und 3 Uhr Nachmittags fuhr der Kronprinz im Automobil an dem Gerichtsgebäude in Moabit vorbei. Das Automobil verlangsamte das Tempo. Als die Menge des Kronprinzen ansichtig wurde, brach sie in laute Hochrufe auf den Kronprinzen aus, in die sich Hochrufe auf Harden mischten.

Es beruhigt uns ungemein, daß die „Tilli“rufer und die Enthusiasten für Frau v. Elbe und Harden durchweg auch Patrioten sind.

* * *

Vom Fürsten Eulenburg

behauptet das „Christlichsoziale Montagsblatt“: Die Wiener Polizei habe schon zur Zeit, als Eulenburg Botschafter in Wien war, von dessen sittlichen Verirrungen gewußt. Andererseits kündigt das Blatt an: Man sei in Wien mit Eulenburg unzufrieden gewesen, weil er sich durch Ratschläge, die er österreichischen Ministern gab, in innere politische Verhältnisse eingemischt habe.

Bei hohen Herren weiß man von sittlichen Verfehlungen, bestraft sie aber nicht.

* * *

Der ausgerückte Frechdachs.

Der Pariser „Matin“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem französischen Botschaftsrat Lecomte, in der dieser die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen entschieden zurückweist. Ebenso erklärt Lecomte die Behauptung für unrichtig, daß er sich geweigert habe, als geladener Zeuge vor Gericht zu erscheinen.

Er hat natürlich auch durch die Zeitungen nichts davon erfahren, der saubere Herr Lecomte.

Preußischer Liberalismus vor hundert Jahren.

In seinem historischen Vortrage im Breslauer Sozialdemokratischen Verein führte Genosse Dr. Maurenbrecher folgendes aus:

Indem wir heute unsere Blicke zurücklenken auf die Zeit in Preußen vor 100 Jahren und als Thema des ersten historischen Abends die liberalen Reformen besprechen, die nach dem Tilsiter Frieden, nach dem vollständigen Zusammenbruch des preußischen Staats vom Freiherrn von Stein und anderen in Angriff genommen worden sind, legen wir die Untersuchung an die Wurzel des heutigen Preußen.

Das heutige Preußen ist in seiner politischen Eigenart nicht älter als 100 Jahre. Erst daß jene Reformen durchgeführt worden sind, das hat Preußen zu dem Staatswesen gemacht, als das wir es heute kennen. Das Preußen in der Zeit von 1807 war ein vollständig mittelalterlicher Staat. Das zeigt sich an den verschiedenen Stellen seiner Einrichtung und seiner Geschichte.

Was den mittelalterlichen Staat vom modernen Staatswesen unterscheidet, das läßt sich in zwei Worten zusammenfassen. Blicken wir auf den Boden des Staats, auf das was wir in den Landkarten farbig unterschieden finden, so hat es ein einheitliches Staatsgebiet, wie es sich dort darstellt, damals auch in Preußen nicht gegeben. Heute ist ein Staat ein Landgebiet mit einheitlicher Bevölkerung, die in räumlichem Zusammenhange unter einheitlicher Rechtsprechung und einheitlicher Verwaltung wohnt. Davon ist in allen Staaten bis 18. Jahrhunderts nichts zu spüren. Der König von Preußen war damals zugleich Kurfürst von Brandenburg, Herzog von Magdeburg, von Cleve, Graf von Ravenburg usw. Noch heute nennt er sich so, wenn auch diesen Titeln eine praktische Bedeutung nicht mehr inne wohnt. Im 18. Jahrhundert aber waren die Titel noch staatsrechtlich berechtigt, denn Preußen war damals eben kein einheitliches Staatsgebiet, sondern es bestand aus verschiedenen Ländern, die durch Zufall unter einem gemeinschaftlichen Monarchen standen. Einheitlich waren damals nur die Armee und die Beamtenhierarchie. Die Armee entstand mit der Entwickelung der Monarchie, sie wurde ihr eigentliches Instrument, das einzige Gemeinsame, das die sonst selbständigen Ländergebiete umschlang. Und mit der Armee war es, wie gesagt, die preußische Beamtenschaft. Sie beide waren die Reifen, die das ganze Staatsgebiet zusammenfaßten. Im übrigen aber verwaltete sich jede Provinz, wenn auch mit Hilfe jener Beamten, nach seine eigenen Rechte. So kamen die mannigfachsten Unterschiede in der Verwaltung der einzelnen Ländergebiete. Während in Ostpreußen die Landstände schon seit Ende des 17. Jahrhunderts völlig zerstört waren und nie mehr zusammentraten, war in Cleve noch während des ganzen 18. Jahrhunderts der Landtag in Tätigkeit.

Also um es noch einmal zu sagen: das Preußen des 18. Jahrhunderts war kein einheitliches Staatsgebiet, sondern ein zufälliges Konglomerat von Ländersetzen ohne jede innere Staatsnotwendigkeit, ohne jedes gemeinschaftliches, wirtschaftliches oder soziales Interesse: sondern nur die Macht des Königs brachte die einzelnen Ländersetzen zusammen.

Aber weiter existierte vor dem Zusammenbruch der preußischen Monarchie im Jahre 1806 auch innerhalb der einzelnen Provinzen keine bürgerliche Gleichheit. Mit der bürgerlichen Gleichheit ist es ja auch heute noch so ein eigen Ding. In politischen Versammlungen und sonst im öffentlichen Leben kommt uns oft genug so ein peinliches Gefühl, daß wir noch tief im Mittelalter stecken. Aber geschichtlich und auf dem Papiere wenigstens haben wir heute die staatsbürgerliche Gleichheit, wir haben sie wenigstens in der Verfassung stehen. Ob dann Rechtsprechung und Verwaltung diese Gleichheit immer achten, das ist allerdings eine andere, das ist eine Frage des politischen Kampfes, aber historisch und staatsrechtlich ist Preußen heut ein moderner Staat, d. h. es steht wenigstens in der Verfassung, daß vor dem Gesetze alle Preußen gleich sind, daß alle Staatsbürger in Rechten und Pflichten gleich sind. Ob adlig, ob bürgerlich oder bäuerlich — das kommt rechtlich nicht mehr in Betracht.

Im alten Preußen dagegen finden wir das direkte Gegenteil. Noch 1794 wurde in Preußen das Allgemeine Landrecht verkündet, und in manchen Stücken ist es ja bis zur Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches im Jahre 1900, ja bis heutigen Tages in Geltung geblieben. Dieses Landrecht stellt von vornherein und als Grundlage seiner Rechtsordnung das Prinzip auf, daß es in Preußen drei Stände gibt: den Adel, den Bürger und den Bauern, und daß jeder Stand seine eigenen Gerichte und sein eigenes Recht hat, und der Bauer keins. Uebrigens sind die preußischen drei Stände nicht mit den uns geläufigeren drei Ständen Frankreichs vor der ersten Revolution zu verwechseln; dort waren der Adel und die Geistlichkeit die ersten beiden Stände, Bürger und Bauern aber bildeten zusammen den dritten Stand.

Auch in Preußen war der Adel der bevorzugte Stand. Er hat ein Anrecht auf alle Aemter des Staats. Und auf seinem Grundbesitz — der gehört nach alter preußischer Rechtsanschauung ohne weiteres zum Adel — hat er das Recht, Gericht zu halten, hat er die Polizei- und Gemeindeverwaltung, die Steuerhoheit, d. h. die Aufgabe die Steuern von seinen Gutseingesessenen für den Staat einzutreiben, während er dafür keine Steuern zu leisten braucht. Auf seinem Gutshofe, in seinem Gutsbezirke ist der adlige Junker die Verkörperung des Staats. Zu diesen Rechten treten weiter noch die Ebenbürtigkeit, die Eheprivilegien und die vermögensrechtlichen Sonderrechte u. m. a.

Der zweite Abschnitt des Landrechts handelt dann vom Bürgertum. Der Adel darf kein Gewerbe treiben, das ist die Sache des Bürgers. Aus seinen Reihen kommen die Handwerker, die Fabrikanten, die Krämer und die Handelsherrn. Das Wesen des Bürgers ist, daß er ein bürgerliches Gewerbe treiben darf. Dagegen darf er kein Rittergut kaufen, und kauft er ein Gut, dann gehen nicht zugleich die Privilegien des

Dem Oberreichsverbändler Liebert

empfehlen wir für seinen Vortrag, den er heute Abend hier in Breslau seinen getreuen Bundesbrüdern zu halten gedenkt, das nachfolgende Schema, um nach der Methode des seligen Herrn von Münchhausen über „Die Väter und Führer der Sozialdemokratie“ die so dringend nötige Aufklärung zu verbreiten.

Karl Marx, Händler mit Landesprodukten, Königsberg i. Pr., machte 1844 betrügerischen Bankerott, verbüßte zwei Jahre Zuchthaus, ging dann nach Köln, wo er in Damenkonfektion machte. Nach der Pariser Februarrevolution 1848 übernahm er gegen Ueberlassung des Materials den Abbruch der Barrikaden, wobei er, da diese hauptsächlich aus gefüllten Geldschränken bestanden, Millionen verdiente. Das Kapital benutzte er, um neue Revolutionen anzustiften, zu dem Zweck, nachher den Barrikadenabbruch zu erlangen. Da seine Spekulation fehlschlug, gab er hetzerische Schriften heraus, aus denen der Aerger über das verlorene Kapital spricht. Mit Recht kennt ihn kein deutscher Professor, der etwas auf sich hält.

Friedrich Engels, Kompagnon des letzteren, sonst gleichgiltig.

Ferdinand Lassalle, erster Lagerhalter in einer Schulze-Delitzschen Genossenschaft, wurde wegen Diebstahls der Ladenkasse („Kasseitendiebstahl!“) entlassen, wurde Annoncenakquisiteur für fortschrittliche Berliner Blätter, beging wiederholt Unterschlagungen, verlor auch diesen Posten und gründete nun die sozialdemokratische Partei, um in deren Zeitungen giftige und verleumderische „Eingesandts“ gegen die freisinnige Blockpresse unterbringen zu können.

August Bebel, wiederholt wegen Bigamie bestraft, schrieb das skandalöse Buch: „Meine Frauen“. Um sich abermaliger Bestrafung zu entziehen, ließ er sich in die französische Fremdenlegion anwerben, verstand es, sich durch glattes, einschmeichelndes Wesen bis zum Korporal aufzuschwingen, verübte in dieser Stellung grauenhafte Soldatenmißhandlungen, floh mit der Flinte auf dem Buckel, also unter Mitnahme militärischer Effekten, auf ein deutsches Schiff, kam so nach Hamburg und wurde von dortigen vaterlandslosen Gesellen in den Reichstag gewählt. Es besteht der dringende Verdacht, daß seine Desertion aus Algerien nur Gaukelspiel war, und daß er noch im Solde der französischen Regierung steht, in deren Interesse er das Deutsche Reich wehrlos machen will.

Arthur Stadthagen, berüchtigter Wucherer und Pfandleiher in Berlin, war auch in den Sandenprozeß verwickelt und ist wahrscheinlich der Inhaber des mysteriösen „Konto K.“ Im Besitze mehrerer Güter in Pommern, ist es ihm gelungen, durch unerhörten Terrorismus seine Tagelöhner zu zwingen, für ihn zu stimmen, so daß er jetzt im Reichstag sitzt, wo er aber nur die stummen Rollen spielt.

Wilhelm Liebknecht, früher Feldpater bei den päpstlichen Zuaven, wurde von den Jesuiten als brauchbares Werkzeug erkannt, fälschte die Emser Depesche und mehrere Wechsel, wurde aber, um durch Immunität vor Strafe gesichert zu werden,, von dem gänzlich durch die Jesuiten beherrschten ersten schleswig-holsteinischen Wahlkreis in den Reichstag geschickt, wo er sich der sozialdemokratischen Fraktion anschloß. Bemerkenswert ist seine heute noch unheimliche Tätigkeit für Aufhebung des Schulzwanges und seine Schwärmerei für den Zaren, zu dessen Unterstützung er die Mobilisierung des ganzen deutschen Heeres, einschließlich des Landsturms zweiten Aufgebots, erst noch an dem ereignisreichen 13. Dezember 1906 verlangt hat.

Wenn Herr Liebert auf diese Weise auch seine Breslauer Schüler mit den trefflichsten Argumenten zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ausrüstet, wir sind uns dessen gewiß, dann ist die Sozialdemokratie in Breslau bald mit Stumpf und Stiel ausgerottet, und das nächste Mal wird Liebert als Triumphator unsere Stadt beehren können.

Aus aller Welt.

Von den Trümmerstätten Calabriens berichtet unter anderem das „B. T.“: Immer grausiger lauten die Nachrichten aus Calabrien. Die nach Ferruzzano entsandten Aerzte und Soldaten kommen nur nach Ueberwindung der größten Schwierigkeiten an ihr Ziel, denn die Landstraßen sind vom Erdboden verschwunden, und die Leute müssen sich mit Lebensgefahr auf Saumpfaden fortbewegen, wo sie bei jedem Schritt in Erdspalten und Schlamm versinken. Nicht einmal die Maultiere kommen mehr vorwärts, so daß alle Medikamente und Lebensmittel von den Soldaten selbst nach dem Unglücksorte getragen werden müssen. Von dem Städtchen Ferruzzano sieht man nur noch einen einzigen kolossalen Trümmerhaufen, aus dem die Ruine der Kirche herausragt. Sämtliche Häuser des pyramidal an einem Berge erbauten Ortes sind übereinander gestürzt, nicht eine einzige Mauer hat der Elementargewalt widerstanden. Das ganze einst so reiche und blühende Städtchen ist ein wüstes Chaos von Schutt; Die wenigen Einwohner, die sich zu retten vermochten, sind von Entsetzen gepackt entflohen, nur ein Dutzend Personen etwa will sich vom Grabe seiner Lieben durchaus nicht trennen und starren die Retter mit den Augen des Wahnsinns an. Ein entsetzlicher Leichengeruch verpestet die ganze Gegend; um überhaupt arbeiten zu können, müssen sich die Soldaten Mund und Nase verbinden. Dabei regnet es fortgesetzt in Strömen, und ein eisiger Wind läßt Blut und Adern erstarren.

Um zu den einzelnen Unglücksstätten zu gelangen, müssen die Retter auf allen Vieren über halbeingestürzte oder von Einsturze bedrohte Gebäude kriechen und über Mauerwerk klettern. Sie setzen fortwährend ihr Leben aufs Spiel.

Aber wie die Masse von Leichen in die freie Campagne hinausschaffen, wo doch die Retter selbst nur durch kühnes Balancieren ins Innere der zerstörten Oerter vordringen konnten? Es wurde ein kleines Mädchen ausgegraben, das von einem Schranke wunderbar beschützt worden war.

Das Bild, das Augenzeugen von der Schreckensnacht entwerfen, erinnert an das Schauspiel des untergehenden Pompejis. In den engen Gassen schob und drängte sich bereits heulend, betend und wimmernd die Menge der Fliehenden, die sich gegenseitig überrannten, niedertraten und zu Boden stießen. Der Hagel der Steine schlug von rechts und links in die Menge. Es fielen ganze Gruppen unter den schrecklichen Projektilen, andere versanken in Erdspalten, die sich plötzlich geöffnet hatten. Hunderte wurden vom einstürzenden Gemäuer erschlagen und bedeckt. Die überlebenden Einwohner fassen ihr Los höchst philosophisch als Strafe ihrer Sünden auf. Die Bevölkerung kampiert im Freien oder in Eisenbahnwaggons, die die Eisenbahndirektion zur Verfügung stellt. Bei dem abscheulichen Wetter ist aber leider ein Ausbruch von Epidemien fast unvermeidlich. Allerdings ist diesmal die Erdbebenzone weit beschränkter als 1905. Aber

Grundbesitzes war auf ihn über. Nur zwei Gewerbe sind dem Adel vorbehalten: das Bierbrauen auf dem Lande und das Schnapsbrennen. Schnapsbrennen ist edel und nobel, das darf kein Bürger tun. Was aber sonst über Kauf und Verkauf und über das Gewerbe das preußische Recht festgestellt hat, das befindet sich im Abschnitt des Landrechts, der vom Bürger handelt, und hat damit für den Adel keine Geltung.

Und nun der **Bauer**. Er ist nach dem preußischen Landrecht dazu da, dem Gutsherrn die nötigen landwirtschaftlichen Arbeiten auf dem Gute zu leisten. In Preußen gab es rechtlich nur gutsuntertänige Bauern, die Untertanen eines betreffenden Ritterguts. Der Bauer war nach dem Landrecht nicht nur der Polizei- und Rechtsgewalt, der Steuerhoheit des Besitzers unterworfen, sondern war an das betreffende Gut gebunden, er war schollenpflichtig. Ein Bauer durfte seine bäuerliche Scholle nicht verlassen ohne die Zustimmung des Herrn und ohne auf Verlangen den erforderlichen Ersatz zu stellen. Ein Bauer und eine Bäuerin durften ihre Kinder nicht von der Scholle wegziehen lassen oder wegschicken, die Kinder hatten zunächst ihre erste Gesindedienstzeit — je nach der Gegend verschieden lange — dem Herrn zu leisten. Dann dürften sie in andere Dienste treten, aber nur so lange, bis sie die Stelle selbst übernahmen. Denn damit kamen sie wieder in die alte Untertänigkeit, in die völlige Gebundenheit und Abhängigkeit vom Gutsherrn, der seinerseits die Pflicht hat, bei unverschuldeter Notlage dem Bauern wieder auf die Strümpfe zu helfen. Die rechtliche Auffassung geht eben davon aus — die historische Entwicklung war etwas anders — daß dem Herrn alles bäuerliche Land gehört, daß er der Eigentümer ist, der Bauer aber ist nur der „Lassit", d. h. der Herr hat ihm das kleine Besitztum, die Stelle zur Bewirtschaftung und lebenslänglichen Nutznießung überlassen. Und wenn der Herr dabei auch die Pflicht hat, für seine Bauern einzutreten, in der Not für sie zu sorgen, so hat doch andererseits der Bauer dabei seine persönliche Freiheit verloren, er ist an die Formen des Lebens seiner Väter und Urväter gebunden, in Arbeit und Wirtschaften, im Denken und Leben. Er kennt nur die Bauernstelle und den gnädigen Herrn und die gnädige Frau.

So entsteht jener Konservatismus, jene Unterwürfigkeit, die immer die Folge der Erbuntertänigkeit gewesen ist. Diese Untertänigkeit vom gnädigen Herrn ist dem Landbewohner schließlich zu einer gottgewollten Natürlichkeit geworden, an der nichts zu ändern ist. Das ist der Geist, der noch heute grade unserer Agitation auf dem Lande so gewaltige Schwierigkeiten in den Weg setzt.

Und mit dieser Erbuntertänigkeit steht in natürlicher Verbindung die Fronpflicht des Bauern, daß nämlich, wie wir vorhin sagten, der Bauer im Betriebe seines Gutsherrn unentgeltlich mitarbeiten muß, einen Teil seiner Arbeitskraft und seiner Arbeitsmittel ihm zur Verfügung stellen muß. Diese Fronarbeit ist die einzige Art des landwirtschaftlichen Großbetriebes in Preußen bis in die neue Zeit hin. Denn ländliche Arbeiter im heutigen Sinne gab es ja doch nicht.

So also sah das alte Preußen aus. Kein einheitliches Staatsgebiet, sondern verschiedene einzelne Provinzen mit eigenem Recht, und in den einzelnen Provinzen wieder kein einheitliches Recht für alle, sondern ein Ständerecht, ein besonderes Staatsrecht für Adel, Bürgertum und Bauernschaft. Die Bauernschaft aber ist unfrei. Das Landrecht wenigstens kennt keine freien Bauern, wenn auch in Wirklichkeit hie und da welche vorhanden waren, so in Cleve, überhaupt links vom Rhein, auch vereinzelt eingesprengt in den adligen Großgrundbesitz von Ostpreußen und nicht zuletzt von Niederschlesien, dessen Wahlkreise bis in die letzte Zeit hinein als die Wahlkreise der freisinnigen Volkspartei galten. So lange wirken die sozialen Zustände auf die Gestaltung des politischen Lebens nach.

Was nun das Wesen der sogenannten liberalen Reformen in Preußen nach 1806/07 ausmachte, das traf eben gerade jene Grundlagen des mittelalterlichen preußischen Staates, die durch diese Reformen wenigstens in einzelnen Punkten geändert wurden und dadurch für Preußen den Anfang eines modernen Staates schufen.

Die großen Umrisse der geschichtlichen Vorgänge, mit denen jene Reformen zusammenhängen, sind bekannt: die Kriegs-Erklärung von 1806, der rasche Vorstoß der Franzosen, der Zusammenbruch der preußischen Armee bei Jena und Auerstädt, der rasche Siegeszug der Franzosen, bis nach einem Jahre schon Preußen völlig am Boden lag und im Frieden von Tilsit mehr als die Hälfte seiner Länder verlor, die westelbischen und das durch die zweite Teilung Polens Erworbene, so daß es wieder der alte ostelbische Staat wurde. So weit die äußeren Umrisse. Tiefer in die Sache führt aber die Vorstellung, daß schon aus dem Innern der Monarchie selbst eine heftige Oppositionsbewegung gegen die bisherigen Zustände sich entwickelt hatte. Diejenigen Beamten, welche die Reformen nachher durchführten, stammen aus jener Protestbewegung. Das Wesen aller preußischen Wirtschaftspolitik des 18. Jahrhunderts beruhte nämlich auf der Ausbeutung der einzelnen Provinzen zu Gunsten der Stammlande Brandenburg und Magdeburg. Diese bildeten ein einheitliches Wirtschaftsgebiet und das Ziel der preußischen Politik ging dahin, die anderen Provinzen diesem Kernlande tributpflichtig zu machen, in denen der König Friedrich Wilhelm I. zuerst eine bald kräftig sich entwickelnde Industrie angesiedelt hatte, weil diese für die Staatsfinanzen eine Goldgrube bedeutete. Aber eben diese Industrie der Kernlande konnte nur vermöge der Staatsfürsorge leben, nur durch Staatsmonopole, Zollvorschriften, Aus- bezw. Einfuhrverbote usw. Im freien Weltverkehr hätte sie sich nimmer halten können. Und deshalb galt es als Grundsatz der preußischen Wirtschaftspolitik von 1720 an bis 1806: die Grundbesitzer und Bauern aller anderen preußischen Provinzen, am Rhein wie an der Ostsee dürfen ihr Getreide nur nach den Kernlanden, nach Berlin und Magdeburg bringen, und nur von dort her dürfen sie die von ihnen gebrauchten Industrieprodukte beziehen. Damit sollte bewirkt werden, daß die Kernlande stets über genügendes und nicht zu teueres Getreide verfügten und daß sie stets einen sicheren Absatzmarkt für ihre Industrieerzeugnisse besaßen. Den Adel wie das Bürgertum der anderen Provinzen aber schnürte dieses Industriesystem ganz bedeutend ein; sie hätten lieber im Auslande sich bessere, bequemere und lohnendere Absatz- und Tauschgebiete verschafft, und so entwickelte sich im Osten wie im Westen gegen dieses System eine leidenschaftliche Protestbewegung. Seit 1786 sehen wir in Ostpreußen ebenso wie in den Rheinlanden eine Stimmung hoch kommen, die das ganze alte Industriesystem, die ganze alte Gliederung des Staats über den Haufen zu rennen beginnt und Handelsfreiheit anbahnen will, mit ihr aber zugleich die Befreiung der Landwirtschaft vom Adelsrecht. Aus dieser Stimmung entsteht 1790 das Gesetz für Cleve, wonach alle Clevescheu Forderungen dem dortigen Landtage überwiesen werden, ein erstes Lebenszeichen von einer Art von Parlamentarismus in Preußen. Und 1798 beobachten wir denselben Versuch — allerdings mit weniger Erfolg — in Ostpreußen.

Wie nun aber diese Stimmung schließlich doch noch zu einem Teile zur Verwirklichung des angestrebten Ziels führte, das ist nun noch in den folgenden Ausführungen zu betrachten.

(Schluß folgt.)

Arbeiterbewegung.

Zu den Gewerbegerichtswahlen in Nürnberg haben die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine den Antrag gestellt, die Mehrheitswahlen abzuschaffen und die Verhältniswahlen einzuführen, wie dies schon für die Kaufmannsgerichtswahlen geschehen ist. Der Magistrat überwies den Antrag dem Ausschuß für Wahlen zur Vorberatung; aller Voraussicht nach wird er auch genehmigt werden.

Eine neue Unternehmergründung. Die Gründung eines Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Schmiedegewerbe, wurde von der Leipziger Schmiedeinnung angeregt, die gleichzeitig ihren Vorstand mit den nötigen Vorarbeiten betraut hat. Der Verband soll bei Lohnbewegungen und Streiks regelnd eingreifen, unberechtigte (wie immer!) Gehilfenforderungen zurückweisen, sowie überhaupt der Wahrung der gewerblichen Interessen dienen.

Zur Leipziger Textilarbeiter-Bewegung. Die Lohnbewegung unter den Leipziger Textilarbeitern nimmt zu. Am Sonnabend haben wiederum über 1000 Arbeiter der Kammgarnspinnerei von Stöhr u. Co. beschlossen, sich der zuerst in der Leipziger Baumwollspinnerei zum Ausbruch gekommenen Bewegung anzuschließen.

Der Streik im Hafen von Rotterdam scheint sich immer mehr zu verschärfen. In der vorigen Woche haben die Streikenden mit 1193 gegen 46 Stimmen beschlossen, unter keinen Umständen die Arbeit wieder aufzunehmen, falls ihre bescheidenen Forderungen nicht anerkannt werden, die darauf hinauslaufen, daß eine Lohnerhöhung für die Getreidearbeit zugesagt werde, daß die allgemeinen Beschwerden durch eine gemeinsame Kommission entschieden werden, und daß alle festen Arbeiter wieder in ihre alten Plätze kommen. Die Unternehmer haben darauf mit einem Ultimatum geantwortet, wonach, falls die Arbeit nicht zu den von ihnen aufgestellten Bedingungen bis zum Montag dieser Woche wieder aufgenommen würde, die Streikenden dauernd durch andere Arbeitskräfte ersetzt werden sollen. Die Streikenden haben das abgelehnt. Bis jetzt haben die Unternehmer die angedrohte Aussperrung nicht ausgeführt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. Oktober 1907.

Geschichtskalender.

29. Oktober.

[illegible] von Schwaben, der letzte Hohenstaufe, in Neapel enthauptet.

1517 Luther schlägt die 95 Thesen an der Schloßkirche in Wittenberg an.

1790 Der Pädagoge Adolf Diesterweg in Siegen *.

* **Der Reichsverbandsgeneral Liebert**, der in den letzten Monaten mehr als einmal als geschlagener und arg blessierter Feldherr vom politischen Schlachtfelde zurückgekehrt ist, scheint in Breslau unter Ausschluß der Oeffentlichkeit sprechen zu wollen. Darauf läßt wenigstens der Umstand schließen, daß außer den ersten fünf Ankündigungszeilen kein Inserat, kein Plakat mehr auf das heutige Debüt im Kaufmannsheim hinweist. In Anbetracht dieses Umstandes wollen wir sein Idyll durch kein geräuschvolles Willkommen stören und ihm dadurch eine größere Bedeutung beilegen, als er sich selbst gibt. Die glanzvollsten Leistungen des eifrigen Ritters liegen ja auch so kurze Zeit zurück, daß ein kurzes Erinnerungsmerkmal genügt, um seine Verdienste um die sozialdemokratische Agitation genügend zu würdigen. Als Herr Liebert seine schützenden Arme über den Unschuldsengel Peters breitete, wagte er eine mutige Attacke gegen die hohen Gerichtshöfe, die dem Ergeliebten der Jagodja den Stuhl vor die Tür gesetzt hatten. Doch der Mut dauerte nur wenige Tage. In dem Augenblick, als der Tapfere für seine Worte „Justizmord" und „Schandfleck" einstehen sollte und ihm gerichtliche Ahndung drohte, fiel das Herz ihm in die Hosen und de- und wehmütig nahm er seine trotzige Kritik zurück. „Rette sich, wer kann!" war das Kommando, dem er den meisten Geschmack abgewann. Der Ruhm dieser Feldherrntat war noch nicht verblaßt, als er mit einem neuen Stücklein seine Gefolgschaft in Schrecken versetzte. Der General des Reichsverbandes war so unvorsichtig, die Regierungsmaxime unserer herrschenden Klassen: „Macht geht vor Recht", die vor dem Volke zu verbergen das eifrigste Bestreben unserer Staatsmänner ist, mit brillanter Offenheit als Grundsatz der deutschen Politik zu proklamieren. Als es statt Anerkennung dafür von allen Seiten Fußtritte regnete, organisierte er einen so wenig strategischen Rückzug, daß er bis heutigen Tages noch nicht aus dem Sumpfe heraus ist, in den er dabei rückwärts hineinritt. Auch die Breslauer Versammlung dürfte ihm seinen Nimbus nicht zurückgeben, obgleich — wie wir ohne Zaudern zugestehen — andere Leute in der Reichshauptstadt zur Zeit mit Erfolg bemüht sind, die herrschenden Klassen noch viel kräftiger zu blamieren, als es Herrn Liebert bisher gelungen ist. Diesem Umstande mag er es auch zuschreiben, wenn unser Gruß etwas knapp ausfällt und sich auf einige verstreute Anerkennungen beschränkt.

* **Minister auf der Suche nach Material gegen die Arbeiter-Versicherung.** Der angekündigte Besuch des preußischen Ministers des Innern, v. Moltke, ist nunmehr erfolgt. Sonntag Vormittag traf er in Breslau ein, machte verschiedene Ausfahrten, reiste Montag Morgen nach Oppeln, wo er auch einige Abstecher machte und Besprechungen abhielt und reiste dann über Breslau nach Berlin zurück.

Ueber die Einzelheiten der Reise und der gesammelten Erfahrungen ist bisher nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen. Es wird also wohl noch kommen oder haben die „Erfahrungen" (man denke: in ca. 30 Stunden gesammelt?) das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen?

Nachdem Moltkes Geist aus Schlesiens Gauen wieder verschwunden, tauchen schon an der Schwelle Breslaus neue Minister auf, um sich zu „orientieren". Es ist der erst frischgebackene Reichsstaatssekretär Minister des Innern, von Bethmann-Hollweg, und der Handelsminister Delbrück mit einer Anzahl Räten. Heute, Dienstag, treffen die Herren ein und wohnen einer Konferenz bei, die sich mit der Reform der Arbeiterversicherung beschäftigen soll. Mittwoch soll dann schon wieder die Rückfahrt angetreten werden. Es ist nicht schwer, zu erraten, was die Herren in diesem kurzen Zeitraum, umgeben von Industriellen und Räten, ausbrüten werden. Jedenfalls haben wir bisher nichts davon gehört, daß die Minister sich wegen einer Reform der Arbeiterversicherung mit Vertretern der Gewerkschaften bezw. der Krankenkassen in Verbindung setzen werden, was doch

---

der Verlust an Menschenleben ist diesmal unendlich größer, denn während damals die Katastrophe Abends eintrat, als die Leute noch auf dem Felde waren, überraschte das Verderben die Unglücklichen diesmal im Schlafe.

Bemerkenswert ist der Leitartikel der „Vita", der es für eine Ehrenpflicht Italiens erklärt, sämtliche Bergstädtchen Calabriens niederzureißen und in praktischer, widerstandsfähiger Weise wieder aufzubauen. Das ist eine großartige Idee, aber leider nur eben eine Idee, solange Italien keine patriotischen Milliardäre vom Stamme Morgans besitzt.

Obschon die Erdstöße noch immer anhalten, beginnen die Flüchtlinge nach den zerstörten Ortschaften zurückzukehren, um ihre Toten zu suchen. Es spielen sich herzzerreißende Szenen ab. Da sieht man Kinder mit Nägeln im Schutte wühlen. Man hört sie verzweifelt nach Vater und Mutter rufen. Da und dort wachsen menschliche Gliedmaßen aus dem Gerölle hervor. Hände, die im Todeskampf ins Leere greifen, Beine und Füße mit schrecklichen Wunden und von Wespen und Fliegen bedeckt. Am Eingang des Städtchens Ferruzzano kauern wie träumend zwei Greise. Sie bewegen sich nicht, sie sprechen nicht. Sie scheinen Bildsäulen geworden. Die Aermsten haben ihre Familien verloren, und sind wahnsinnig geworden. Dies Los teilen viele der Ueberlebenden mit ihnen. Eine ganz in Schwarz gekleidete Frau kletert auf das Gerüll des Hauses und predigt, sie sei von Gott im Zorne geschickt, um die Sünden des Volkes zu strafen. Dann rauft sie unter wildem Schreien die Haare und tobt, bis sie ohnmächtig niedersinkt.

Eine reiche Dame, die vor der Stadt eine Villa besitzt, die den Erdstößen standgehalten hat, weigert sich, ihre Räume für ein Hospital herzugeben. So werden die Verwundeten und Kranken bei strömendem Regen unter improvisierten Zeltdächern untergebracht.

Inzwischen werden schon wieder neue Unwetter gemeldet: Infolge von Regengüssen ist der Po über die Ufer getreten und hat die niederen Stadtteile von Piacenza, sowie die Campagna in den Gemeinden Piacenza, Sant Antonio, Mortizza und Sarmato überschwemmt. Die Eisenbahnverbindung zwischen Piacenza und Alessandria ist unterbrochen.

Die Bewohner der niederen überschwemmten Stadtteile erstiegen Dächer und Häuser. Militär arbeitet an ihrer Rettung. In einigen Straßen steht das Wasser bis 2 Meter hoch. Der angerichtete Schaden ist groß, doch ist kein Verlust an Menschenleben zu beklagen. Der Po steigt unausgesetzt weiter. 500 Familien sind obdachlos.

Heftiger Regen ging auch in Neapel nieder und verursachte großen Schaden. Zahlreiche Paläste sind überschwemmt. Bäume wurden entwurzelt. Das Dach einer Strohholzfabrik wurde abgedeckt. In Portici wurden mehrere Landhäuser verwüstet. Der Verkehr der elektrischen Bahnen in der Gegend des Vesuvs ist unterbrochen.

Nachrichten aus Ferruzzano zufolge hat sich infolge eines erneuten Erdstoßes eine Spalte in dem felsigen Erdboden gebildet. Man befürchtet den Einsturz von Erdmassen.

Die Ortschaften Ferruzzano, Branca Leone und Sant Ilario del Ionio sollen, wie der „Messagero" erfährt, an anderen Stellen nahe am Meer wieder neu aufgebaut werden.

Ein zärtlicher Seelenhirt. Aus Nürnberg wird geschrieben: Der Dekan Konrad Lauter stand wegen Verbrechens wider die Sittlichkeit vor dem Strafgericht. Eine Unmenge Zeuginnen, darunter viele junge Mädchen, mußten einvernommen werden. Zuerst erzählte ein Vater als Zeuge, wie der geistliche Dekan seine zwei Mädchen, die vor der Konfirmation standen, hinter verschlossenen Türen abgetätschelt und abgefühlt habe. Der Herr Dekan erwiderte, er streichle seine Schülerinnen nur, um sie zu besseren Antworten zu bewegen. Ein fünfzehnjähriges Mädchen, das im Pfarramt einen Taufschein zu holen hatte, wurde umarmt und geküßt und sehr unpassend berührt. Einem Dienstmädchen hat der Dekan zwei Mark für eine intime Unterhaltung angeboten. Das Mädchen wies den Antrag zurück. Als aber derselbe Mann, eben der Herr Dekan, am Sonntag eine Predigt über die Sittenlosigkeit der Dienstmädchen hielt, da erzählte die kurz vorher so frech Beleidigte den bisher geheim gehaltenen Vorfall in ihrer Entrüstung weiter. Auch einer jungen Kellnerin hat der Seelenhirt zärtliche Anträge gemacht. In zwei Fällen waren die Eltern der attackierten Mädchen nachträglich von der Anklage wieder zurückgetreten. Ein mehr als sanfter Druck hatte die Eltern zur Unterfertigung zweier gleichlautenden Erklärungen veranlaßt. Doch war das Material noch so ausgiebig, daß der geistliche Herr sich vorsichtsweise daran erinnerte, daß er geistig abnorm sei. Vergebens bestritt das der Landgerichtsarzt. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Einholung eines Obergutachtens. Es war ja ein hochwürdiger Herr, der auf der Anklagebank saß. Niemand würde sich über seine und seiner Kollegen Liebesgefühle aufhalten, wenn diese Herrschaften nicht unaufhörlich von der Sittenlosigkeit der anderen zu heucheln wüßten!

Pfaffensorgen. Wo es gegen Sozialdemokraten geht, dort sind sie einig, die katholischen und die protestantischen Pfaffen. Am 24. d. Mts. fand die Eröffnung des diesjährigen Generalkonvents der Lutheraner in Budapest statt. Die kalvinistischen Geistlichen regten die Säkularisierung der Kirchengüter an. Dagegen nahm entschiedene Stellung der Generalinspektor Baron Desider Pronay; er widersetzte sich nicht bloß der Säkularisation der evangelischen Kirchengüter, sondern legte selbst für die katholischen eine Lanze ein. Dadurch [illegible] er sich natürlich das Recht auf Hochachtung des „Vaterlandes", das ihm zu Ehren eine Lobeskantate anstimmt. Es preist den Herrn Baron Pronay, weil dieser Fanfaron es verstanden hat, die Versammlung durch Worte, wie: „Wenn wir die Frage der kirchlichen Güter zu ventilieren beginnen, leisten wir dem Sozialismus einen Dienst", ins Bockshorn zu jagen. Was ängstigt denn diese Pfaffen gar so sehr am Sozialismus? Am Ende wohl bloß die Tatsache, daß weit mehr echtes Christentum in ihm steckt, als ihre klerikalen kapitalistischen Interessen je vertragen können.

Kleine Chronik. Bei dem internationalen Juwelendieb Carlisson, der nach Begehung eines Juwelendiebstahles in Wiesbaden verhaftet wurde, sind Juwelen im Werte von ungefähr 50,000 Mark vorgefunden worden. Der Verhaftete hat in ganz Europa umfangreiche Juwelendiebstähle begangen, die man auf ungefähr 100,000 Mark schätzt. — Der sechzehnjährige Sohn des Bäckermeisters Krollmann in Hannover erschoß seine zwölfjährige Schwester mit einem Revolver. — In South Loorrein im Staate Ohio erfolgte eine furchtbare Dynamitexplosion, veranlaßt durch die Unvorsichtigkeit eines Jägers. Alle Gebäude in der Nähe des Explosionsortes stürzten ein. Der Jäger wurde vollständig in Stücke gerissen. — Der Bankier Frederick Mirti in Newyork, ein vielfacher Millionär italienischer Herkunft, wurde meuchlings erdolcht. Der Mörder wurde von der Menge der Polizei übergeben. Er heißt Frank Amenlow und gibt an, er habe im Auftrage einer in Newyork ihr Unwesen treibenden italienischen Erpresserbande gehandelt. — Am Sonntag sprang in Leipzig die Markthelfer-Witwe Jung aus ihrer im vierten Stock gelegenen Wohnung in den Hof. Bald darauf tat das Gleiche in einer anderen Straße die Händlersfrau Jaschok. Beide Frauen waren sofort tot.

* * *

Wer ist ein Mann?

I.

Wer seiner Frau nicht allzu willig war
(Im vierzigsten und siebten Lebensjahr!),
Wer von den Gütern dieser Welt
Das „Lieben" nicht fürs Höchste hält,
Sich auch von andren Dingen was versprach
(Als von dem Aufenthalt im Schlafgemach),
Von Freundschaft, Kunst und geistigem Zeitvertreib —
Der ist ein Weib!

II.

Wer wie ein Frauenzimmer schwadroniert,
Reklame, Schliche, Ränke inszeniert,
Spitznamen, Klatsch, Privates kolportiert
Und auch hysterisch „Brustton" minen kann —
Der ist ein Mann!

Alfred Kerr im „Tag".

die Hauptsache ist, wenn sie sich ein gewissenhaftes Urteil bilden wollen.

* **Teuerungszulagen für Eisenbahnarbeiter.** Der Eisenbahnminister Breitenbach hat verfügt, daß denjenigen Arbeitern und Hilfsarbeitern, die eine zahlreiche Familie haben oder durch sonstige Ursachen, wie Krankheit usw., besonders hilfsbedürftig sind, Teuerungszulagen zu gewähren sind. Die hierfür aufgewendeten Beträge — bis zu hundert Mark im Einzelfalle — sollen in den Vierteljahrsabschlüssen spezialisiert auf die allgemeinen Unkosten verbucht werden. Mit der Auszahlung ist bereits begonnen worden. — Soll das ein Recht oder ein Almosen für Gutgesinnte sein?

* **Der sozialdemokratische Verein Breslau (Land)-Neumarkt** hielt Sonntag, den 27. d. M., Nachmittags 4 Uhr, eine Generalversammlung ab, die sich außer dem Geschäfts- und Kassenbericht mit dem Preußentag beschäftigte. Ueber die bisherige Tätigkeit des preußischen Landtages und die Wahlrechtsfrage in Preußen, sowie über die Landtagswahlen 1908 referierte Genosse Albert. Seine Ausführungen über die bisherige für die Arbeiter fruchtlose Tätigkeit des Landtages fanden volle Zustimmung. Auch die Schilderung des Verhaltens der bürgerlichen Parteien zur Wahlrechtsfrage und die Vorschläge, wie sich die Arbeiter an der Demonstration beteiligen sollen (Wir bringen darüber in einem späteren Artikel näheres. D. R.), fanden einstimmigen Beifall der Versammlung. Ueber die übrigen Punkte der Tagesordnung für die Preußenkonferenz, vor allem auch über „die Organisation in Preußen", sprachen die Genossen Schütz und Scholich. Ein Antrag Hentschel, die Preußenkonferenz durch einen Delegierten zu beschicken, wurde angenommen und der Vorsitzende und Kandidat des Kreises, Genosse Schütz, einstimmig delegiert. Darauf gab der Genosse Scholich den Geschäftsbericht für das dritte Quartal. Die Einnahmen betrugen 1350.60 Mark, denen eine Ausgabe von 894.74 Mark gegenüberstand, so daß also ein Kassenbestand von 455.86 Mark verblieb. Die Mitgliederzahl stieg von 1445 am Anfang auf 1550 am Schlusse des Quartals. Die vom Vorstand eingeleiteten Bildungsvorträge im Landkreise wurden allgemein begrüßt. Auch das Anerbieten des Genossen Schütz, im Winter in den verschiedenen Ortsteilen eine Reihe von aufklärenden Vorträgen abzuhalten, wurde akzeptiert. Gleichzeitig gab Scholich den Bericht der Lokalkommission. Darnach gelang es, im vergangenen Quartal wieder zwei Lokale frei zu bekommen, und zwar Knabe in Oswitz und Peuker in Leipe. Erfolglos blieb bisher der Boykott über die Lokale: Kentsch, Klein-Tschansch, Guder, Neukirch, Senftleben, Deutsch-Lissa, Goltz, Stabelwitz, Pfennig, Schottwitz, Ruppelt, Gräbschen, Hänsel, Groß-Mochbern. Ueber die Lokale von Kramer in Hartlieb und Rösner in Klettendorf wurde die Sperre verhängt. Daß nicht mehr Erfolge erzielt wurden, ist auf das unglaubliche Eingreifen der Polizeibehörden, besonders einzelner Amtsvorsteher, zu Ungunsten der Arbeiter zurückzuführen. Als Gegendruck wurde dafür in einigen Orten der Boykott verschärft. Aus demselben Grunde wurde auch über sämtliche Lokale in Oswitz, mit Ausnahme von Knabe, Grünast und „Zur Linde", der Boykott von neuem beschlossen. Hierbei soll die Mithilfe der Genossen in Pöpelwitz und Breslau nachgesucht werden. Wegen Boykottzettelverteilens erhielten eine Anzahl Genossen Strafmandate zugestellt; sie wurden aber sämtlich in der Berufungsinstanz freigesprochen. Beschlossen wurde ferner, im Herbst und Winter in eine lebhafte Agitation für die „Volkswacht" und für Gewinnung neuer Mitglieder einzutreten. Besonders soll die Verbreitung des „Landboten" eine größere Sorgfalt erfahren. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß Schütz die Versammlung um 7 Uhr.

* **Ueber die Aufgaben der Jugendorganisation** sprach letzten Freitag Abend in einer von der Breslauer Jugendorganisation einberufenen öffentlichen Versammlung, die im „Schweitzerhof" stattfand und von zahlreichen jungen Leuten besucht war, Herr Dr. Max Maurenbrecher. Der Redner entrollte in lebhaften Farben ein Bild von den Zuständen, unter denen die Kinder des Proletariers aufwachsen, wie ihnen in der Schule nur das Allernotdürftigste zuteil werde, wie eintönig und jeden edlen Genusses entbehrend sich die Jünglingszeit des Proletarierkindes abspiele, wie er bei langer Arbeitszeit und kärglichem Lohn und vielfach ungesunden Wohnungsverhältnissen leben müsse. Nur wenigen starken Naturen im Proletariat gelingt es, sich aus ihrem mühseligen Berufe emporzuarbeiten und eine ihren Wünschen und Fähigkeiten entsprechende Stellung zu erobern. (Bebel und Auer.) Die übergroße Mehrzahl des heranwachsenden Arbeitergeschlechts müsse jedoch ihr ganzes Leben unter den kümmerlichsten Verhältnissen dahinvegetieren: sie bleiben Arbeiter. Was müßten nun die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen tun, um sich trotz ihrer Misere eine Summe reinen Glücks und edlen geistigen Genusses zu erringen? Das sei die entscheidende Frage, von deren richtiger Beantwortung ihre ganze Zukunft abhinge. Redner beschäftigte sich des längeren mit den seit Jahren bestehenden Jugendorganisationen, die es sich zur Aufgabe gemacht hätten, in die schulentlassene Arbeiterjugend gesunde geistige Kost einzupflanzen. Dazu gehöre unter anderem Aufklärung über die Entwickelung der Pflanzen, Tiere und Menschen, das Vertrautwerden mit unseren großen Dichtern und Denkern bezw. ihren Werken, die Pflege aller künstlerischen und wissenschaftlichen Bestrebungen soweit sie in den Rahmen der Jugendorganisationen hineinpassen und das Verständnis des jungen Geschlechts zu fördern geeignet sind. Aber auch die körperliche Stärkung solle in gleicher Weise gepflegt werden. Nicht zu vergessen sei schließlich die Aufklärung über wirtschaftliche Fragen und die Bekämpfung der Lehrlingszüchterei. Auch politische Gegenstände könnten besprochen werden, soweit sie nicht über den Rahmen hinausgingen die der Jugendorganisation durch die Vereinsgesetzgebung gesteckt sei. Herr Dr. Maurenbrecher verweilte einen Augenblick bei der Tatsache, daß die Gegner der Jugendorganisationen letzteren immer zum Vorwurf machten, sie trieben Politik. Das sei unwahr und die Entrüstung gar nicht am Platze. Redner gibt Fälle aus seiner Studienzeit zum Besten, wie die Studentenverbindungen in den Dienst bürgerlicher Parteien traten und noch treten, um Wahlhilfe und Schlepperdienste zu leisten. Aber man wisse ja längst, daß das anders gewertet werde, weil es sich angeblich um „patriotische" Handlungen zum „Wohle des Vaterlandes" drehe, während in den Jugendorganisationen der „Umsturz alles Bestehenden" gelehrt werde. Der Referent schließt mit einem warmen Appell an die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sich der Jugendorganisation anzuschließen.

Nach dem recht lebhaft gespendeten Beifall wurde in die Debatte eingetreten, an der sich die Herren Hampel, Nowack, Dombrowski, Heinrich, Dr. Maurenbrecher und Radlof beteiligten. Der von einem Redner unternommene Versuch, politische Tendenzen in die Jugendorganisation hineinzutragen, wurde allseitig zurückgewiesen. Dombrowski beschäftigte sich insbesondere mit den christlichen Jünglingsvereinen, deren unzeitgemäße und verdummende Tätigkeit an Beispielen beweisend. Dieser Redner und Heinrich wiesen gleichfalls auf die nachteiligen Einflüsse hin, die durch das Lesen des General-Anzeigers und sonstiger Schundpresse entstehen.

Allen Rednern wurde Beifall zuteil. Der Vorsitzende hob in seinem Schlußwort hervor, daß die Jugendorganisation in allererster Linie eine Bildungsschule sein sollte.

Gewiß sollten auch wirtschaftlich-politische Fragen in belehrendem Sinne besprochen werden, aber im großen ganzen sollte die Jugendorganisation die Aufgabe haben, die Mitglieder aus der wirtschaftlichen Misere zu erheben und zu den lichten Höhen der Kunst, zu den Quellen der Wissenschaft zu führen. Goethe und Schiller, Darwin und Marx, kurz alle jene bahnbrechenden Geister sollten sie kennen lernen, deren Lebenswerke nicht untergehen werden, solange es eine Kulturmenschheit gäbe.

Eine ganze Anzahl neuer Mitglieder wurden gewonnen.

* **Tarifbewegung in der Maßschneiderei?** In einer gestern Abend stattgefundenen Mitglieder-Versammlung des Schneiderverbandes wurde eine neungliedrige Kommission gewählt, die den bestehenden Tarif einer Prüfung dahingehend zu unterziehen hat, inwieweit er mit den Bedürfnissen der Kollegenschaft noch übereinstimmt. Da dies aber schon von Anfang an nicht gänzlich der Fall war, dürften Lohnforderungen sicher gestellt werden.

* **Eine Frauenversammlung für parteigenössische Frauen und Mädchen** findet am Donnerstag dieser Woche, also am 31. Oktober, im „Kühlen Strand der Oder" in der Adalbertstraße statt. In derselben wird Genosse Löbe über das Thema: „Was geht die Frauen der preußische Landtag an", sprechen, worauf die Wahl einer Vertrauensperson erfolgen soll.

* **Anarchisten und Sozialisten.** Die „Schles. Ztg." setzt ihre Nadelstiche gegen uns fort. Für die heutige Dienstag-Nummer schreibt „man" ihr: „Der anarchistische Diskutier- und Lesekluß Breslau hält jeden Dienstag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats seine Zusammenkunft im Gewerkschaftshause, Margaretenstraße 17, ab. Da hat man wieder einmal einen sprechenden Beweis für die Behauptung, daß Anarchisten und Sozialisten sich wie Feuer und Wasser bekämpfen."

Es ist nicht das erste Mal, daß diese Denunziation erfolgt. Sie wird jedoch heute so wenig wie früher wirken. Mit Saalabtreibereien kämpft die Sozialdemokratie nicht gegen ihre Gegner, das würde sie selbst dann nicht tun, wenn ein Kriegerverein um Unterkunft bei uns bäte. Die weitgehendste Versammlungsfreiheit gönnen wir auch unserem Gegner und suchen ihn durch geistige Waffen zu widerlegen. Das Wohnen in dem gleichen Hause läßt so wenig auf Geistesgemeinschaft schließen, wie etwa das Zusammenwirken der Stadtvv. Schütz und Nitschke in ein und demselben städtischen Lokale.

* **Lohnbewegung der Tabakarbeiter.** Obwohl die Preise für Tabakfabrikate bedeutend gestiegen sind, so daß man fast Zigarren geringerer Qualität, das Stück zu 5 oder 6 Pfg., kaum mehr rauchen kann, sind die Löhne in dieser Branche nicht höher sondern geringer geworden. Die Breslauer Zigarrenarbeiter haben eine Lohnstatistik aufgestellt, und die hat ergeben, daß der Durchschnittslohn für Tabakarbeiter in Breslau nicht höher ist als 10 — 11 Mark pro Woche. In einzelnen Fällen werden bessere Löhne gezahlt, dagegen bezahlen einzelne Betriebe so niedrige Löhne, daß ein Wochenverdienst von 10 Mark nicht herauskommt. Bei den teuren Lebensmitteln ist es nicht denkbar, daß die Arbeiter mit einem so geringen Verdienst Frau und Kinder erhalten können, und ebenso kann auch die Arbeiterin damit nicht auskommen, die noch weniger verdient. Die Verwaltungsleitung der Organisation der Tabakarbeiter berief, um zur Lohnfrage Stellung zu nehmen, am Montag in die „Scala" eine öffentliche Versammlung von in der Tabakbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ein. Der überaus starke Besuch, wie ihn noch keine Zigarrenarbeiter-Versammlung aufzuweisen hatte, bewies, welches Interesse die Arbeiter an der Sache nahmen und daß sie gesonnen sind, allen Ernstes in eine Lohnbewegung einzutreten, das ergab sich auch aus der geführten Debatte. Der Bezirksleiter Clement besprach in längerer Ausführung die Lage der Breslauer Tabakarbeiter und widerlegte die Gründe der Fabrikbesitzer, die angeblich eine Steigerung der Arbeitslöhne nicht zuließen — durch eine Lohnerhöhung könnte die Breslauer Tabakindustrie nicht mehr konkurrenzfähig sein und dadurch würde sich die Produktion verringern, was eine Abnahme der Arbeitsgelegenheit zur Folge haben könnte. Dieses Argument, bemerkte Clement, werde von allen Arbeitgebern, wenn es sich um Lohnerhöhung handle, stets ins Feld geführt, aber noch nie haben sie dafür den Beweis liefern können. — In anderen Städten weisen die Zigarrenfabrikanten auf die niedrigen Löhne in Breslau hin. Es wurde einstimmig beschlossen, den Fabrikanten einen Lohntarif zur Einführung zu übermitteln. Es wird im wesentlichen verlangt für Roller pro Mille 6 Mk. für Wickelmacher 3 Mk. pro Mille, Deckblattaufsetzer 9 Mk. pro Woche, Anerkennung des Arbeiterausschusses. Die Firma Otto Deter, die etwa 100 Personen beschäftigt, hat bereits für Roller 25 Pf., für Wickelmacher 15 Pf. pro Mille zugelegt. Es wurde eine Lohnkommission gewählt, die alle nötigen Schritte tun soll, um den Tarif zur Anerkennung zu bringen. Clement ermahnte die Anwesenden, noch den letzten Mann zur Organisation heranzuholen, auf daß es gelinge, für alle bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen.

* **Der Saal unseres Gewerkschaftshauses** bietet sich seit einigen Tagen den Besuchern in buntem Kleide dar. Annähernd 1000 kleine Papierfähnchen, angefertigt von organisierten Buchbindern anläßlich ihres am Sonnabend stattgehabten Stiftungsfestes, flattern lustig hin und her und verdecken aufs beste die düstere Einfachheit des großen Saales. Diejenigen Gewerkschaften, die jetzt ihre Feste dort feiern, sind über diese Ausschmückung zum mindesten nicht böse.

* **Aus der Antialkoholbewegung.** Die Mitglieder der Breslauer Abstinenten-Vereine, darunter auch des Arbeiter-Abstinenten-Bundes, kamen am Sonntag in dem alkoholfreien und vegetarischen Restaurant „Pomona" zu einem geselligen Abend zusammen. Journalist Hübscher hielt eine Begrüßungsansprache, der praktische Arzt Dr. med. Bohse hielt einen längeren, sehr interessanten Vortrag über „Genuß-Gifte". Vorträge, Rezitationen und ein Theaterstück trugen zur Unterhaltung des Abends bei. Die Gäste erhielten eine Kostprobe von Malzkaffee. Der Abend verlief bei größter Gemütlichkeit in denkbar schönster Weise.

* **Zum Fernsprechverkehr mit Breslau und Deutsch-Lissa** sind jetzt auch zugelassen: a) Tetschen (Böhmen) nebst Loosdorf, b) Reutlingen (Württemberg). Künftig wird bei der Fernsprechanstalt in Duisburg ununterbrochener Fernsprechdienst (Tag und Nacht) abgehalten. Bei der Fernsprechanstalt in Halberstadt sind die Dienststunden für den Fernsprechdienst bis 11 Uhr Abends verlängert worden.

* **Die Eröffnungsfeier des Hauses der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur** auf der Matthiaskunst fand am Sonntag Vormittag unter zahlreicher Beteiligung der Behörden und der Vertreter der Kunst und Wissenschaft statt.

* **Die Gesellschaft für soziale Reform,** Ortsgruppe Breslau, veranstaltet am Freitag, den 1. November, Abends 8½ Uhr, im großen Saale des Palast-Restaurants, Neue Schweidnitzerstraße Nr. 16, eine öffentliche Versammlung. Herr Prof. Dr. v. Wenckstern, hier, wird einen Vortag: „Die deutsche Sozialpolitik — Rückblick und Vorschau" halten. Nach dem Vortrag ist Gelegenheit zur Diskussion gegeben. Der Eintritt ist für jedermann frei.

* **Wetterumschlag.** Wie der Dieb in der Nacht hat sich nun der Regen nach langen heiteren Wochen herangeschlichen und den Straßen der Großstadt die sonst längst übliche Herbst- und Schmutzstimmung aufgedrückt. Es war fast als genierte er sich die Sommertage zu verdrängen und ganz leise setzte er gestern Abend kurz vor 8 Uhr ein um sich allerdings dann bald zu starkem Rieseln zu verdichten. Von einem Temperatur-Umschlag ist dagegen noch wenig zu merken und die Hoffnung nicht ganz abzuweisen, daß wir immer noch einen November-Anfang mit Strohhütten und barfüßigen Proletarierkindern, ohne Heizung in den Stubenöfen erleben. Für die eben erst angebrochenen guten Bauwochen ist das gewiß ein Vorteil, für alle mit der Konfektion zusammenhängenden Gewerbe aber geradezu ein Verhängnis, das eine schwere wirtschaftliche Krise im Gefolge haben wird.

* **Zuwendungen an die Stadt Breslau.** In der Zeit vom 1. April bis 30. September 1907 haben der Stadt Breslau und den von ihr verwalteten Stiftungen Geschenke und testamentarische Zuwendungen überwiesen: Zum Besten der Armen, und zwar zur baldigen Verteilung u. a. verst. Stadtältester Dr. Heinrich von Korn 10,000 Mk., „Ungenannt" 1000 Mk., verw. Frau Kaufmann Oschinsky 500 Mk., verw. Frau Armendirektor Hellinger 500 Mk.; für die Bürgerversorgungsanstalt u. a. die städt. Sparkasse 400 Mk., Frl. Christiane und Rosina Ehmann (Legat) 8079 Mk., Frl. Anna Moritz 500 Mk., verstorb. Brückenwagenfabrikant Gustav Schönfelder 1000 Mk.; für das Hospital für alte hilflose Dienstboten Frl. Christiane und Rosina Ehmann (Legat) 631 Mk., verst. Stadtältester Dr. Heinrich von Korn 10,670 Mk.

* **Das Leitungswasser** wies nach der Analyse vom 24. d. M. nur minimale Spuren Manganoxydul und Mangansulfat auf. Die Förderung nach der Stadt belief sich am 22. d. M. auf 13,200 cbm Grundwasser und 30,945 cbm Oderwasser.

* **Abbruch der Brandruine am Kleinen Markt.** Mit der Niederlegung der früheren Oelfabrik ist jetzt begonnen worden. An den Gebäuden sind schon die Fanggerüste angebracht. Der hohe Schornstein ist fast von der Bildfläche verschwunden und auch der an der Kleinen Holzgasse stehende große Speicher dürfte demnächst abgebrochen sein. Man hofft, die Grundstücke bis zum nächsten Frühjahre freimulegen.

* **Skelettfunde.** Bei den Schachtarbeiten, die im Garten des Viktoriatheaters behufs Errichtung eines Maschinenhauses vorgenommen werden, wurden in einer Tiefe von etwa 5 Metern große Mengen menschlicher Gebeine zutage gefördert. Die Gebeine, darunter ein halbes Dutzend noch unverletzter Schädel, mögen 10—15 Personen angehört haben und fanden sich an einer Stelle durcheinander geworfen vor. Wahrscheinlich rühren sie von einem Massengrab von bei einem Gemetzel in der alten Taschen-Bastion Gefallenen aus der Franzosenzeit her. Vor 5 oder 6 Jahren, als in der Nähe der jetzigen Fundstelle die für das Theater vorgeschriebene neue Feuerlöschleitung gelegt wurde, sind neben zahlreichen Skeletten auch Helme und Säbel sowie Ringe, die noch an den Fingerknochen hingen, zutage gefördert worden.

* **Ein schwerer Unfall** ereignete sich am Montag in der Mittagsstunde in der Druckerei von Schatzky, hier. Einer an einer Tiegeldruckpresse beschäftigten Einlegerin namens Weister war ein Bogen in die Druckwalzen gegangen. Bei dem Bemühen, denselben herauszuholen, kam die Maschine durch irgend einen Zufall in Bewegung. Hierbei geriet die Einlegerin mit der rechten Hand in das Getriebe, wobei ihr die Finger fast vollständig zerquetscht wurden. Mittels Droschke wurde die Schwerverletzte sofort in das Allerheiligen-Hospital übergeführt.

* **Wegen mehrerer Sittlichkeitsverbrechen verhaftet** wurde dieser Tage ein Techniker, der bei der Königlichen Wasser-Bauinspektion bedienstet war. Er soll sich an Kindern unsittlich vergangen haben.

* **Vom Wagen gestürzt.** Als am Sonnabend Abend der Arbeiter Hampel aus Opperau auf dem Nachhausewege von der Arbeit begriffen war, benutzte er einen des Weges kommenden Dominialwagen, um ein Stück mitzufahren. Durch irgend einen Zufall fiel er vom Wagen und kam unter die Räder des Wagens zu liegen, wodurch ihm das rechte Bein gebrochen wurde. Eine ganze Stunde mußte der Verletzte an der Unglücksstelle liegen, ehe ein Fuhrwerk zur Stelle war, welches ihn in das Kloster der Barmherzigen Brüder brachte.

* **Nette Kollegen.** Ein Arbeiter aus dem Dorfe Pannwitz, erhielt von seinen Kollegen so viel Prügel, daß sich seine Ueberführung in das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder notwendig machte.

* **Risiko der Arbeit.** Drei Finger der rechten Hand wurden dem Arbeiter Wilhelm Frühauf aus Hartlieb beim Transportieren eines langen, schweren eisernen Trägers zerquetscht. Die Verletzungen sind so schwer, daß die verletzten Finger abgenommen werden müssen. — In das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder eingeliefert wurde schwer verletzt ein Schmied aus Breslau, dem durch einen Kesselboden die linke Hand zerquetscht worden war.

† **Tödlicher Straßen-Unfall.** Ein 61 Jahre alter Straßenarbeiter wurde am 3. d. M. auf der Sandstraße durch eine Droschke überfahren und erlitt einen Oberschenkelbruch. Der Verunglückte ist am 26. d. M. im Allerheiligen-Hospital verstorben.

† **Vermißt** wird seit dem 21. d. M. der 10 Jahre alte Knabe Robert Lehmann, dessen Eltern Posenerstraße 45 wohnen. — Der 14 Jahre alte Arbeitsbursche Arthur Hoener, Klosterstraße 132, wird seit dem 24. d. M. vermißt.

† **Jugendliche Brandstifter.** Am 24. d. M. spät Abends schichteten mehrere Knaben in dem Keller des Hauses Gellhornstr. 30 Stroh und Papier auf zu einem großen Haufen und zündeten diesen an. Das Feuer konnte durch Hausbewohner noch im Keime erstickt werden. Am 28. d. M. Vormittags verbrannte Opitzstraße, Ecke Rhedigerstraße ein Karussell.

* **Für Radfahrer.** Der Radfahrweg an der Trebnitzer Chaussee, der infolge seiner großen Unebenheiten zu Klagen unter den Radlern Anlaß gab, ist mit Ziegelschotter frisch aufgeschüttet und mit einer neuen Kiesschicht versehen worden, sodaß dieser jetzt wiederum ohne Gefahr benutzt werden kann.

* **200 Mark Belohnung.** Ein russisches Pelzkollier, welches einen Wert von 15,000 Mk. haben soll, ist dieser Tage aus dem Damen-Konfektionsgeschäft von M. Gerstel, Schweidnitzerstraße, gestohlen worden. Auf die Feststellung des Täters ist eine Belohnung von 200 Mk. seitens des Inhabers der Firma ausgesetzt.

* **Feuer in der Waggonfabrik von Hofmann.** Auf einem Dache des Stellmachergebäudes, wo augenblicklich Reparaturen vorgenommen werden, entstand am Montag Nachmittag gegen 5 Uhr durch Ueberlaufen von kochendem Teer ein Brand, der jedoch von anwesenden Arbeitern bald gelöscht wurde. Durch die entstandene Hitze zersprangen einige Fensterscheiben des Oberlichts. Die Feuerwehr, die schnell alarmiert wurde, fand nichts mehr zu tun.

† **Unvorsichtig.** Ein Altwarenhändler riß am 27. d. Mts., Vormittags, mit seinem Fahrrad auf der Nikolaistraße einen Schulknaben zu Boden. Bei dem Sturz erlitten beide Verletzungen. — Ein Eisenbohrer lief auf der Matthiasstraße an einen Motorwagen an und wurde zu Boden gerissen, wodurch er eine schwere Kopfwunde erlitt. Durch Feuerwehrleute wurde ihm ein Verband angelegt.

† **Knochenfund.** Bei Schachtarbeiten zur Erbauung eines Maschinenhauses in dem Grundstück Neue Taschenstr. 50/51 wurden dieser Tage große Mengen Menschenknochen zu Tage gefördert.

† **Diebstähle.** Einem Handlungsgehilfen wurde auf der Friedrich Wilhelmstraße ein Fahrrad Marke „Westfalen" Nr. 115100 gestohlen. — Einem Schlosser von der Lewaldstraße wurde ein Rad Marke „Weil" Nr. 70028 gestohlen.

Versammlungen und Vereine.

* **Achtung, Fliesenleger!** Die Berliner Kollegen befinden sich in einer Lohnbewegung. Da die Konjunktur gegenwärtig eine für uns sehr ungünstige ist, dürfte der Kampf ein sehr erbitterter werden. Die Berliner Unternehmer wollen sich zwecks Heranziehung Arbeitswilliger auch nach Breslau wenden. Die Kollegen seien hiermit gewarnt. Der Zuzug nach Berlin ist streng zu meiden. Sonntag, den 3. November 1907, Vormittags 10 Uhr, findet im Zimmer 7 unsere Monatsversammlung statt.

Die Lokalverwaltung.

* **Parkettleger!** Einen schönen Sieg haben die Kollegen der Firma „Lunzendorfer Parkettfabrik" infolge ihres einmütigen Zusammenhaltens zu verzeichnen. Nachdem in drei Konkurrenzfirmen im Laufe dieses Sommers bereits Tarife mit wesentlichen Verbesserungen zur Anerkennung gelangt waren, stellten die Kollegen bei obiger Firma ebenfalls Forderungen in Form eines Tarifes. Nach 1½tägigem Streik ließ sich auch betreffende Firma herbei, den Tarif voll und ganz zu unterzeichnen. An den Kollegen wird es nun liegen, das Errungene hochzuhalten, sowie dafür zu sorgen, daß der Versammlungsbesuch in Zukunft stets ein regen ist, denn nur auf dem Wege der Solidarität und des gemeinsamen Meinungsaustausches

[illegible] das Begonnene weiterzuführen und zu Gunsten der ganzen Kollegenschaft auszubauen.

Die Lokalverwaltung des Holzarbeiterverbandes.

* **Die Genossen von Leubusch und Umgegend,** die zur Zeit in Breslau arbeiten, werden ersucht, Dienstag, den 29. d. M., Abends Punkt 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer Nr. 2, sich an der Versammlung zu beteiligen. Tagesordnung: Vortrag und freie Diskussion.

* **Eine öffentliche Bäckerversammlung** findet Donnerstag, den 31. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, in der „Scala" statt. Auf der Tagesordnung steht 1. Die Absicht der Regierung, für das Bäckergewerbe einen 36stündigen Ersatz-Ruhetag oder die vollständige Sonntagsruhe gesetzlich festzulegen, 2. die Frage, wie steht es mit der Bäckerei-Verordnung und Beseitigung der Keller-Bäckereien und 3. der „Birne-Beleidigungs-Prozeß" in zweiter Auflage. Der Besuch wird hiermit allen Breslauer Bäckergesellen dringend empfohlen.

* **Ueber die Organisation der Gemeindearbeiter im Reiche und am hiesigen Orte** sprach am Sonnabend in der „Scala" der Zentralverbandsvorsitzende Wolf vor einer Versammlung städtischer Arbeiter. Redner warf einen Rückblick auf die Entwickelung des Gemeindearbeiter-Verbandes, wobei er die erfreuliche Tatsache konstatieren konnte, daß er in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht und reiche Erfolge aufzuweisen habe. Mit dem Wachstum der Organisation habe sich auch ihre Leistungsfähigkeit gesteigert und die Vorteile, die durch sie errungen wurden, seien durchaus beachtenswert. Ende 1904 betrug die Mitgliederzahl 13,726, und heut blicke der Verband auf einen Mitgliederbestand von 25,500, das sei ein gewaltiger Fortschritt, mit dem man schon zufrieden sein könne. — Was hat aber der Verband in dieser kurzen Zeit erreicht? Im Jahre 1904 wurde für 847 städtische Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung von 13½ Stunden pro Woche, im Jahre 1906 für 4218 Kollegen eine solche von 9 Stunden erwirkt. Noch größer aber waren die Erfolge in Bezug auf die Lohnerhöhung. 1904 erhielten 9805 Arbeiter eine Lohnaufbesserung von 97 Pfg., 1905 14,587 Kollegen von 1.64 Mk., 1906 25,000 Arbeiter von 1.41 Mk. pro Woche. Dazu kamen noch Verbesserungen mancherlei Art. Auch in Breslau hatten sich die Kollegen vieler Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erfreuen und wenn auch von seiten der Stadtverwaltung behauptet werde, das sei alles aus eigener Initiative geschehen, so wisse man doch, daß die Kollegen ohne den Verband heute noch nicht so weit wären, wie sie eben sind. Wenn die Kollegen aber glauben, jetzt sei alles erreicht, jetzt haben wir es nicht mehr nötig, dem Verbande anzugehören, so geben sie sich einer argen Täuschung hin. Viel sei erreicht, aber noch vieles sei zu erreichen. Die Lohnerhöhung habe mit der Teuerung der Lebensmittel durchaus nicht gleichen Schritt gehalten, und so müsse immer noch danach gerungen werden, die Löhne aufzubessern. Gegen andere Städte sei Breslau hinsichtlich der Organisationsverhältnisse weit zurückgeblieben, kaum der dritte Teil der hier beschäftigten Arbeiter in den städtischen Betrieben sei organisiert; man sollte glauben, es müßte ein jeder für seine Pflicht halten, angesichts der Vorteile, die ihm durch den Verband zuteil geworden, treu zur Fahne zu halten und den Verband zu stärken. Ein solches Lob aber könnte man den Breslauern gerade nicht spenden, sehr dankbar erwiesen sie sich gerade nicht. Der Redner hofft, daß es hier in Zukunft anders werden wird; Stillstand bedeute Rückschritt, die Gewerkschaftsbewegung dulde keinen Stillstand. Vorwärts sei die Losung, unter dieser Devise müsse gestritten und gekämpft werden, das sei nicht nur der Arbeiter Recht, sondern Pflicht.

In der darauf folgenden Debatte ermahnte auch Mehrlein die Anwesenden, mehr als bisher ihre Schuldigkeit zu tun, es gebe einzelne Gruppen städtischer Arbeiter, die den Verband anscheinend nicht kennen wollen, obwohl ihre Lage nicht gerade die rosigste sei, aber auch diese würden mit der Zeit doch zur Einsicht kommen, daß ihr bester Freund der Verband sei, der den Arbeitern in jeder Lage hilfreich zur Seite stehe.

Aus Schlesien und Posen.

Das Niederschlesische Knappschaftsstatut angenommen.

Aus Waldenburg wird uns unterm 28. d. Mts. geschrieben: Die General-Versammlung des Knappschafts-Verein in Waldenburg hat am heutigen Tage die neuen Satzungen angenommen! Die Werksvertreter stimmten einmütig dafür, was erklärlich ist, weil die neuen Statuten den Arbeitern eine stärkere Belastung, aber dafür Verkürzungen der Pensionen bringt. Von den 72 Aeltesten haben nur 13 (organisierte) gegengestimmt! Die übergroße Mehrheit der Aeltesten sind leider unorganisiert, „reichstreu" und Beamte. Am letzten Sonnabend war den Belegschaften ein Flugblatt zugestellt, auch den Aeltesten, das ganz im Sinne der Werksbesitzer den Statut-Entwurf herauslobte. Manche Aelteste haben sich durch diese tendenziösen Darstellungen beeinflussen lassen; ebenso durch die Reden der Werksherren und des Oberbergamts-Vertreters, die sich alle Mühe gegeben haben, den Aeltesten begreiflich zu machen, ein besseres Statut könne nicht gemacht werden, nur ein schlechtes würde von der Behörde gemacht werden können!!! Durch die Drohungen mit dem Zwangsstatut gelang es, auch einige organisierte Aelteste zum Umfallen zu bewegen. Die Organisierten haben ohnehin lange keine Mehrheit, infolgedessen änderte es am Schlußeffekt nichts, daß einige Aeltesten mehr oder weniger umfielen. Was aber die Bergleute zu solchen „Vertretern" sagen werden, wird sich bald zeigen.

Was den Haupt-Streitpunkt, die Pensions-Bemessung anbetrifft, so haben die Werksbesitzer ihren ersten Vorschlag etwas aufgebessert, nachdem sie sahen, daß der Bergarbeiter-Verband die Bergleute aufgerüttelt hat. Gegen den ersten Vorschlag sind die Pensionen um 20 Pfg. den Monat „aufgebessert"; statt erst nach fünf-, sollen nach dreijähriger Wartezeit die Pensionen ausgezahlt werden. Auch soll nicht, wie zuerst vorgeschlagen wurde, die Aufnahme in die Pensionskasse erst nach vollendetem 17. Lebensjahr, sondern nach dem 16. Lebensjahr erfolgen, wie der Bergarbeiter-Verband gefordert hat. Also hat die Arbeit des Bergarbeiter-Verbandes doch Erfolge gehabt. Aber eine schwere Schädigung der Invaliden und Witwen wird das neue Statut doch bringen. Die Monatspensionen der Invaliden betragen:

Beitragszeit	jetziges Statut	neues Statut
1 Jahr	11.00 Mark	nichts
2 „	11.40 „	nichts
3 „	11.80 „	3.60 Mark
4 „	12.20 „	4.80 „
5 „	12.60 „	6.00 „
10 „	14.60 „	7.20 „
12 „	15.40 „	14.00 „
13 „	15.80 „	15.00 „
15 „	16.60 „	17.00 „
20 „	18.60 „	22.00 „
22 „	19.40 „	23.80 „

Sämtliche nach dem neuen Statut invalidisierten Bergleute mit unter fünfzehn Beitragsjahren erfahren eine Verschlechterung, die den Arbeitern sehr schmerzlich sein wird. Auch die Witwen werden geschädigt. Sie bekommen Monatspensionen:

Beitragszeit	jetziges Statut	neues Statut
1 Jahr	4.50 Mark	nichts
2 „	4.85 „	nichts
3 „	5.20 „	2.40 Mark
4 „	5.55 „	3.20 „
5 „	5.90 „	4.00 „
9 „	7.30 „	7.20 „
10 „	7.65 „	8.00 „
15 „	9.40 „	10.00 „

Also auch die Witwen erfahren bis zum neunten Beitragsjahre eine bedeutende Verschlechterung! Was das bei den hohen Lebensmittelpreisen bedeutet, braucht nicht ausgeführt zu werden. Wenn nun auch die höheren Dienstaltersstufen mehr bekommen sollen, so ist zu erwidern, daß immer mehr Bergleute in jungen Lebensjahren invalide werden; **außerdem sollen die Monatsbeiträge der Arbeiter für diese Pensionskasse von 1.50 auf 2.50 Mark erhöht werden!!** Wie sich da Arbeiter finden konnten, die für solche Renten-Verkürzung stimmten, ist einfach unerhört! Wäre die Aeltestenmehrheit entschlossen gegen jede Verschlechterung aufgetreten die Werksherren hätten sicher Zugeständnisse gemacht.

Hat doch schon die Aufrüttelungsarbeit des Bergarbeiter-Verbandes die Werkherren genötigt, ihren ersten Entwurf zu verbessern! Gleich den ersten Entwurf empfahlen die „Reichstreuen" und Werkshelfer anzunehmen, mehr könne nicht geboten werden. Der Bergarbeiter-Verband aber setzte sofort mit seiner Aufklärungsarbeit ein. Wenn die Aeltesten alle im Bergarbeiter-Verbande organisiert wären, dann hätten sie weit mehr erreichen können. Der Bergarbeiter-Verband hat beantragt, mindestens 60 Prozent des Lohnes (heute sind es 50 Prozent) als Krankengeld zu geben. Erst wollten die Herren garnichts zugeben. Heute haben sie wenigstens zugestanden, vom 1. Januar 1910 die Krankengelder um 10 Prozent zu erhöhen! Ferner forderte der Bergarbeiter-Verband die Anrechnung der Militärzeit als pensionsberechtigte Dienstzeit. Das haben die Herren heute auch zugegeben, soweit es sich um Bergleute handelt, die nach ihrer Militärzeit wieder auf den hiesigen Gruben anfangen. **Das wichtigste Zugeständnis ist aber die Bewilligung der geheimen Aeltestenwahl!** Bisher galt hier die öffentliche Wahl. Dagegen hat der Bergarbeiter-Verband stets Front gemacht. Im ersten Werksentwurf war die öffentliche Wahl beibehalten. So wäre es auch geblieben, wenn der Bergarbeiter-Verband sich nicht gerührt hätte. Dank der Agitation des Bergarbeiter-Verbandes kommt in das neue Statut die geheime Aeltesten-Wahl hinein!

Aus diesen Zugeständnissen hätten aber die Aeltesten ersehen müssen, daß sie auch in Bezug auf die Invaliden- und Witwen-Pensionen besseres erreichten, wenn sie nur fest zusammengehalten hätten. Für diese Schädigung tragen die Aeltesten, die der Erniedrigung der Pensionen zustimmten, vor ihren Sprengel-Mitgliedern die Verantwortung.

Noch viel schlechter wäre es gekommen, wenn der Bergarbeiter-Verband nicht existierte. Wenn der Verband in den letzten Wochen nicht durch zahlreiche Versammlungen und Flugblätter die Belegschaften aufgerüttelt hätte, dann wäre der allermiserabelste Statutentwurf zur Annahme gelangt. Die „reichstreuen" Schönredner haben ja gleich die Annahme des ersten Entwurfs als eine Wohltat empfohlen. Bergleute Niederschlesiens, daraus seht Ihr wieder, welche Organisation Eure Interessen energisch vertritt. Das müßt Ihr anerkennen, indem Ihr sämtlich dem **Bergarbeiter-Verband beitretet.** Der Kampf für ein gutes Knappschaftsstatut ist nicht beendet, sondern er muß energisch fortgeführt werden, damit eine Erhöhung der erbärmlichen Invaliden- und Witwenpensionen festgelegt wird. Glück auf! O. H.

Ohlau, 27. Oktober. Mit den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen beschäftigte sich eine Volksversammlung, die gestern im Saale des Gasthofs „Zur Stadt Oels" abgehalten wurde. Referent war Genosse Neukirch aus Breslau, dessen Ausführungen beifällige Aufnahme fanden. In der Diskussion bezeichnete man die Wahlstunden als äußerst ungünstig. Die Wahl der dritten Abteilung finde nämlich Montag, den 4. November, Vormittags von 9 bis 11½ Uhr im Magistrats-Sitzungssaale des Rathauses statt. Für die Arbeiter bedeute die Beteiligung an der Wahl einen erheblichen Lohnverlust, da er mehrere Stunden der Arbeit fernbleiben muß, ja, als baugewerblicher Arbeiter vielleicht den ganzen Wahltag seiner Beschäftigung nicht nachgehen kann. Auf die Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung hätte etwas mehr Rücksicht genommen und die Wahlzeit auf die Feierabendstunden von 5½ bis 8 Uhr Abends angesetzt werden müssen. Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins bekam den Auftrag, in einem Gesuche an den Magistrat diese Ansicht der Versammlung zum Ausdruck zu bringen. In jedem Falle sei es aber Pflicht aller gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter, für die Beteiligung an der Stadtverordnetenwahl energisch zu wirken und dafür zu sorgen, daß die vier Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, die Genossen Gewande, Kasper, Joskosch und Organist, alle Stimmen der Arbeiter und Handwerker auf sich vereinigen. Auf zur Stadtverordnetenwahl!

Klein-Leubusch, 28. Oktober. In der hiesigen Gemeinde-Vertretung geht es, wie uns mitgeteilt wird, recht lebhaft zu. Natürlich sind die bürgerlichen Gemeindeväter nicht gerade erbaut davon, daß Sozialdemokraten mit ihnen oder auch gegen sie raten und taten wollen. In der Sitzung am 27. d. Mts. wurde zunächst eine unwesentliche Aenderung des Ortsstatuts vorgenommen, dann wurde Genosse Soppert in den Schulvorstand gewählt. Sein Gegner Masur erhielt vier Stimmen. Nachträglich erschien der Gemeindevertreter Sommer und nun verlangte Masur nochmalige Abstimmung. Dem wurde von unserer Seite energisch widersprochen und es blieb schließlich bei der Wahl.

Der Hauptpunkt der Tagesordnung: Die Unregelmäßigkeiten bei der Gemeindevertreter-Wahl, wurde nicht verhandelt, trotzdem Genosse Kramer darauf bestand. Die bürgerliche Mehrheit vertagte kurzer Hand diese Sache. Der Herr Masur erlaubte sich sogar, unserem Genossen Kramer das Zimmer zu verbieten. Selbstverständlich kam letzterer diesem seltsamen Verlangen nicht nach.

Dieser Vorfall wird unsere Genossen in ihrer Tätigkeit für das Wohl der Arbeiter nicht abschrecken, sondern zu weiterem tatkräftigen Vorgehen ermutigen. Sie werden um so stärker auf ihre gesetzlichen Rechte pochen und ihre Gegner werden bald einsehen, daß sie (die letzteren) mit gewaltsamen Maßregeln nur ihre eigene Lage verschlechtern. Die Arbeiter und gerecht denkenden Bürger werden umsomehr einsehen, daß unsere Genossen eine gute Sache verfechten.

—h. **Brieg,** 25. Oktober. Die letzte Wahlvereins-Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit den Stadtverordnetenwahlen. Dieser Punkt führte eine recht lebhafte Debatte herbei. Vom Vorstande aus wurde bekannt gegeben, daß es trotz aller Umsicht und Mühe nicht gelungen ist einen geeigneten Kandidaten aufzustellen. Diejenigen Genossen, welche stimmberechtigt sind und die den Posten versehen könnten, befänden sich in abhängiger Stellung, diejenigen aber, welche unabhängig sind, hatten leider versäumt sich das Wahlrecht zu sichern. Für andere Kandidaten, wie zum Beispiel die Freisinnigen empfiehlt es sich nicht einzutreten. Daher wird den Genossen empfohlen, sich bei diesen Wahlen nicht zu beteiligen. Hierauf wurde der Antrag auf Nichtbeteiligung bei den Stadtverordnetenwahlen einstimmig angenommen. — Der Kassenabschluß für das 3. Quartal 1907 lautet: Bestand am Anfang des dritten Quartals 127.63 Mark, Einnahme im Laufe des Quartals 147.20 Mark zusammen 274.83 Mark Einnahme; demgegenüber steht eine Ausgabe von 201.56 Mark, so daß ein Uebertrag von 73.47 Mark zu verzeichnen ist. Der Kassierer bedauert hierbei, daß die Kassenkontrolleure es nicht für nötig finden, die Abrechnung zu prüfen und konnte der Nachlässigkeit dieser Genossen zufolge, dem Kassierer die Entlastung nicht erteilt werden. Da drei Bezirksführer ihr Amt niederlegten und auch der Vorsitzende seinen Bezirk abgeben will, so wurden hierzu die Genossen Zick, Klysch, Stoske und Smittale [illegible] Die Einrichtung wird in nächster Zeit erfolgen. Ebenfalls wurde bekanntgegeben, daß die Agitation auf dem Lande mit dem Landboten die das erste Mal gut verlief, in nächster Zeit wieder stattfinden und haben sich daher die betreffenden Genossen bereit zu halten.

-dt. **Reichenbach,** 28. Oktober. Herbstwunder. Es wird uns geschrieben: Obwohl der Sommer in diesem Jahre mit seinen Erwartungen sehr zurückgeblieben war, so dürften wir wohl durch den schönen, warmen Nachsommer entschädigt worden sei. Da letzterer nicht bloß auf die Menschen wohltuend gewirkt hat, sondern auch in der Kultur, zeigt das Gärtchen des Zigarrenhändlers Hentschel in der Neustadt. Zu demselben haben kleine Apfelbäume erst dieser Tage ihren Blütenschmuck abgelegt. Es dürfte dies zu den Seltenheiten gehören, zumal ein Apfelbäumchen seine Blüten in den November hinein mitnehmen wird.

Glogau, 28. Oktober. Wie die Regierung die Taschen der Junker spickt. Vor einigen Tagen wurde bekannt, daß der Domänenfiskus das Rittergut Knttlan angekauft habe. Ueber die Höhe des gezahlten Kaufpreises wurde zwar allerlei gemunkelt, aber man wußte doch nichts Bestimmtes. Von gut informierter Seite erfährt jetzt ein bürgerliches Blatt, der „Niederschlesische Anzeiger" in Glogau, daß Herr Klawiter das Gut seiner Zeit für 950,000 Mark kaufte und jetzt **vom Fiskus 1,300,000 Mark dafür erhielt,** sodaß er bei dem Geschäft **350,000 Mark verdient** hat! Bekanntlich hat Herr Klawiter das Gut auf 18 Jahre, also bis 1925, pachtweise zu 3 Prozent der Kaufsumme übernommen.

Wenn ein Arbeiter eine Lohnerhöhung oder im Falle eines Unfalls oder eingetretener Invalidität Rente fordert, dann schreien Junker und Junkerorgane nach scharfen Mitteln, um die Rentensucht und die Begehrlichkeit der Arbeiter zu bekämpfen. Aber wenn der Junker auf Kosten der Steuerzahler, zu denen auch die Arbeiter gehören, seine zerrütteten Verhältnisse wieder aufpäppelt oder sonst Liebesgaben und Riesenprofite einheimst, kräht kein Hahn danach. Diese elende Heuchelei!

Krotoschin (Posen), 28. Oktober. Neuwahl zum Reichstage. Der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Kr[illegible]-Koschmin Dr. von Mieczkowski (Pole) hat sein Mandat niedergelegt.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Ein furchtbares Schadenfeuer wütete am Sonnabend auf dem Rittergut **Pawlowitz,** Kreis Pleß. Dort geriet infolge Fahrlässigkeit ein Rinderstall in Brand und wurde vollständig eingeäschert. 117 Rinder kamen in den Flammen um, 31 wurden so schwer verletzt, daß sie erschossen werden mußten. — Auf der Cleopbasgrube in **Zabrze** wurde der Schlepper Janchyk durch herabstürzende Kohlenmassen erschlagen. — Wie von verschiedenen Seiten verlautet, steht die Ernennung des Leiters des Gnesener Priesterseminars, **Kloska,** zum Erzbischof von **Posen-Gnesen** an Stelle des verstorbenen Dr. v. Stablewsky unmittelbar bevor.

Aus den Gerichtssälen.

Hausfriedensbruch in der Heilsarmee.

Vor der Breslauer Strafkammer hatten sich wieder einmal zwei junge Burschen zu verantworten, weil sie in einer Versammlung der Heilsarmee Störung verursacht hatten. Der Arbeiter R. war am 19. Juli in die Versammlung auf der Friedrich-Wilhelmstraße gegangen. Die Andacht reizte aber gar bald seine Lachmuskeln derart, daß er die Aufmerksamkeit eines großen Teiles der sonstigen Besucher von dem frommen Walten ablenkte. Er wurde hinausexpediert, kam aber eine Zeitlang später wieder und setzte sein störendes Verhalten fort. Nun wurde er abermals hinausgeführt. Da erhob sich ein Freund von ihm, der Schlosserlehrling Sch. und schrie laut: „Immer schmeißt ihn raus!" Daraufhin wurde auch er wegen Störung der Andacht hinausgebracht. Das Urteil lautete gegen R. auf eine Woche, und gegen Sch. auf einen Tag Gefängnis. — Hoffentlich wird ihnen der bedingte Strafaufschub noch nachträglich bewilligt, von dem in der Urteilsbegründung nichts zu hören war, denn daß die beiden wegen ihres Jugendstreiches mit dem Gefängnis wirkliche Bekanntschaft machen sollten, erscheint uns nicht angebracht. Den Eltern derartiger junger Leute ist jedenfalls zu raten, ihre Söhne lieber auf die Freie Jugend-Organisation aufmerksam zu machen, wo sie mit dem Ernst des Lebens frühzeitig vertraut gemacht, zu nützlichen Dingen angehalten und weniger geneigt zur Verübung von Unfug gemacht werden.

Immer noch Schulstreikprozesse.

Auf Grund des Kanzelparagraphen (§ 130a) ist am 7. Mai von der Strafkammer in Schrimm der Probst Anton Jezierski in Kunthal zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil er in einer Predigt Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Erörterung gemacht hat. In Kunthal ist der deutsche Gruß und das deutsche Gebet längst üblich, aber als anderswo der Schulstreik ausbrach, streikten auch die Polenkinder des Dorfes Kunthal, wofür einzelne gezüchtigt wurden. Am nächsten Sonntag sprach der Angeklagte darüber in seiner Predigt und meinte, es scheine ihm nicht recht, daß für Ausübung der Religion gezüchtigt werde. Nach der Predigt, so heißt es im Urteile, stieg der Streik auf seinen Höhepunkt, offenbar ein Erfolg der Predigt. Die Schulverwaltung ist, wie das Urteil weiter ausführt, eine Staatsangelegenheit. — Die Revision des Angeklagten wurde heute vom Reichsgericht verworfen. — Gleichzeitig verworfen wurden auch die Revisionen der Angeklagten in ähnlichen Prozessen, bei denen es sich um § 130a und § 110, auch § 111, 2 handelte, nämlich in der Sache Kopicki, Landgericht Posen, v. Potocki und Konacki, Landgericht Gnesen, Chmielewski, Posen, Byczynski, Landgericht Schneidemühl, Starkowski, Landgericht Bromberg, und Caspari, Landgericht Beuthen OS.

Wegen Beleidigung der Schutztruppe für Südwestafrika

ist am 1. Juni vom Landgerichte Altona der Tischler Emil Reincke in Lockstedt zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auf der freisinnigen Reichstagswählerversammlung, welche am 14. Januar 1907 in Langenfelde stattfand, meldete sich der Angeklagte zum Worte und äußerte unter anderem, er sei auch Soldat gewesen und wisse, wie es gemacht werde. Von Freiwilligkeit sei keine Rede, wenn es sich darum handele, Soldaten für die Schutztruppe zu bekommen. Sie würden zusammengesucht und es seien halbverkommene Subjekte. Hierin hat das Gericht eine Beleidigung von Angehörigen der Schutztruppe erblickt. Der Reichskanzler hat Strafantrag gestellt. — Die Revision des Angeklagten werde vom Reichsanwalt für begründet erklärt, weil die Beziehung der Beleidigung zur militärischen Tätigkeit der Beleidigten nicht genügend festgestellt sei und deshalb der Strafantrag nicht rechtswirksam erscheine. Das Reichsgericht hielt aber jene Beziehung doch für erwiesen und verwarf die Revision.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

F. D., Hirschstraße. Sie fragen, ob Harden Parteigenosse ist? — Gott sei Dank nicht.

A. 100. An wem die Schuld liegt, läßt sich jetzt, nach sechs Wochen, mit Sicherheit nicht mehr ermitteln. Da wir annahmen, daß es Ihnen nur daran liege, daß der Abonnent seine Zeitung erhielt, dachten wir uns damals, daß mit der Zustellung die Sache erledigt wäre.